ORIENTIERUNG

Nr. 20 68. Jahrgang Zürich, 31. Oktober 2004

Mit der Veröffentlichung des Berichtes «Colombia – Scarred Bodies, Hidden Crimes» am 13. Oktober 2004, in welchem das Ausmaß und die Folgen sexueller Gewalt gegen Frauen in den internen Konflikten Kolumbiens analysiert werden, hat *Amnesty International* nachdrücklich auf ein bislang nur von wenigen Fachleuten zur Kenntnis genommenes Problem aufmerksam gemacht.[1] Während die seit dem 7. August 2002 amtierende Regierung unter Präsident Alvaro Uribe Vélez für sich in Anspruch nimmt, daß die absoluten Zahlen von Menschenrechtsverletzungen (politisch motivierte Morde, Entführungen und Zahl der Binnenflüchtlinge) gesunken sei, spricht die kolumbianische Menschenrechtsorganisation CODHES (*Consultoría para los Derechos Humanos y Desplazamiento*) in ihrem Anfang Oktober 2004 veröffentlichten Bericht von einer tiefgreifenden humanitären Krise, von der die Mehrheit der Bevölkerung Kolumbiens betroffen sei.[2] So leben heute infolge der militärischen und sozialen Konflikte von den 43 Millionen Kolumbianern 23 Millionen in Armut und 7,4 Millionen im Elend.

Kolumbien – Gewalt gegen Frauen

Die Politik von Präsident A. Uribe, unter dem Stichwort «demokratische Sicherheit» (*Seguridad democrática*) bekannt geworden, verfolgt neben einer Steigerung der Effizienz der staatlichen Organe das Ziel, die vollständige Kontrolle über das kolumbianische Staatsgebiet zurückzugewinnen, die Guerilla (FARC und ELN) und die Paramilitärs (AUC) so weit zu schwächen, daß diese sich gezwungen sehen, zu Verhandlungen mit der Regierung zurückzukehren. Sondierte die ELN anfänglich durch Vermittlung von Kuba, ob für sie nach einem Waffenstillstand eine Amnestie möglich sei, beschloß sie, nachdem die Staatsanwaltschaft erklärt hatte, sie würde die Guerilla nicht nur wegen Mordes und Terrorismus, sondern auch wegen Drogenhandels anklagen, was eine zukünftige Auslieferung an die amerikanischen Behörden nicht ausschließen würde, am 25. August 2003 zusammen mit der FARC, mit der Regierung nur in Verhandlungen einzutreten, wenn ihnen wie schon unter Präsident Andrés Pastrano neutralisierte Zonen ohne die Präsenz von Regierungstruppen als Aufenthalts- und Operationsgebiete zugestanden würden. Die Regierung ging auf diese Vorbedingung nicht ein, ja sie errang mit der Verhaftung und der Verurteilung eines der wichtigsten Kommandanten der FARC, Juvenal Ovidio Ricardo Palmera, im Mai 2004 einen entscheidenden Vorteil gegenüber ihren Verhandlungspartnern. So ist nicht auszuschließen, daß aufgrund ihrer geschwächten Position die beiden Guerilla-Gruppen sich zu Verhandlungen mit der Regierung gezwungen sehen.
Im Unterschied dazu sind die Verhandlungen der Regierung mit den Paramilitärs (AUC) für diese anders und in ihren Auswirkungen erfolgreicher verlaufen. Es kam nicht nur ein Abkommen zustande, das die Entwaffnung und als Gegenleistung die Straffreiheit der Mitglieder der AUC vorsah. Die Regierung ging noch einen Schritt weiter, indem sie im August 2003 einen Gesetzesentwurf vorlegte, welcher eine Freilassung auf Bewährung aller inhaftierten Kämpfer und Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppen möglich machte, auch wenn diese sich schwerer Menschenrechtsverstöße schuldig gemacht haben. Mehr als achtzig kolumbianische Menschenrechtsgruppen kritisierten daraufhin diese Politik, denn sie befürchteten, daß vor allem die Paramilitärs von dieser «impliziten» Amnestie profitieren würden. Auf diese Weise würde die verhängnisvolle Politik der Straffreiheit für schwere Menschenrechtsvergehen (*Impunidad*) gesetzlich festgeschrieben. Präsident A. Uribe reagierte auf die Kritik an seiner Politik, indem er die von katholischen Ordensleuten getragene Organisation *Justitia y Paz* der Unterstützung der Guerilla beschuldigte. Damit ging er bewußt das Risiko ein, das Leben vieler Bürger Kolumbiens, die in Menschenrechtsorganisationen tätig sind, zu gefährden.[3]
Trotz der laufenden Verhandlungen zwischen der Regierung und der AUC ist diese weiterhin für Entführungen, Morde, Massaker, Folterungen und «Verschwindenlassen» von Menschen verantwortlich. 1300 Fälle von politisch motivierten Morden und von «Verschwindenlassen», die nicht in einem Zusammenhang mit Kampfhandlungen

KOLUMBIEN/MENSCHENRECHTE
Kolumbien – Gewalt gegen Frauen: Zu einer neuen Publikation von *Amnesty International* – Nach dem Amtsantritt von Präsident Alvaro Uribe – Die Ideologie der «demokratischen Sicherheit» – Zwischen der Guerilla und den Paramilitärs – Das Problem der Straflosigkeit – Frauen als Opfer sexueller Gewalt – Die Dynamik der Gewaltspirale – Zweifache Unsichtbarkeit.
Nikolaus Klein

PRAKTISCHE THEOLOGIE
Vom Verstehen zum Handeln: Eine «Praktische Bibelhermeneutik» und die Zukunft der Exegese – Krise in der Bibelwissenschaft – Exegese im Kontext theologischer Disziplinen – der Umgang eines Pastoraltheologen mit der Bibel – Grundfragen des Textverstehens – Kanon als Pluralitätsgarant – Wider den Biblizismus – Wider die Vergewaltigung der Texte – Praktische Theologie und Exegese – Pastorale Rekonstruktion der Theologie – Die Krise als Chance.
Joachim Kügler, Bayreuth

LITERATUR
«...du trägst eine Fremdheit zu Lehen...»: Der Briefwechsel zwischen *Ilana Shmueli* und *Paul Celan* – Eine Freundschaft aus den Czernowitzer Jugend- und Kriegstagen – Eine hochbegabte Partnerin – Ein Stück Biographie in Briefen – Ein intensiver Austausch zwischen Wahn und Wirklichkeit – Die Leuchtkraft einer späten Liebe – Leben in höllischer Leere – Wenn die Vergangenheit immer drängender wird – Stammelnde Suche nach Worten – Eine Fremdheit zu Lehen.
Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern

POLITIK/ZEITGESCHICHTE
Polen – nach dem EU-Beitritt: Eine Bestandsaufnahme (*Erster Teil*) – Polens Weg in die Europäische Union – Etappen einer Erfolgsgeschichte – Zur aktuellen innenpolitischen Situation – Ein vielfältiges Parteienspektrum – Die Dringlichkeit einer erneuerten Linken – Konflikt um die Stimmengewichtung in der EU – Streit um die Präambel des Verfassungsentwurfs – Eine «Europäische Deklaration» als Anhang zur Verfassung? – Die Europawahl von 2004 – Euroskeptiker und Populisten.
Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

OSTTIMOR/ZEITGESCHICHTE
Vergangenheitsbewältigung am Fernsehen: Ein Experiment in Osttimor – Ein Produktionshaus für Kulturprogramme – Die Geschichte von Timor – Ein dornenreicher Prozeß der Entkolonialisierung – Unter indonesischer Besatzung – Eine Volk im Werden – Fernsehen als massenmedialer Katalysator – Die Tradition der Volksmärchen – Produktive Aktualisierung – Auf der Suche nach einer gerechten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – Die Arbeit der Wahrheitskommission (*vgl. Kasten*). *Ruedi Hofmann, Dili*

stehen, werden Mitgliedern der AUC zur Last gelegt. Das sind 70% der registrierten Fälle innerhalb eines Jahres, bei denen die Täterschaft bekannt geworden ist. Außerdem konnte die AUC ihre Stützpunkte in Gebieten weiter ausbauen, die vom kolumbianischen Heer kontrolliert werden, so daß sich der Verdacht nahelegt, die AUC werde nicht nur von der Armee geduldet, sondern auch aktiv unterstützt. Mit der *Impunidad* würde das für Kolumbien eigentümliche Gemisch von zivilgesellschaftlichen, demokratischen und von kriminellen, autoritären, von einer Kultur der Gewalt geprägten Elementen festgeschrieben.[4]

In dieser Situation stellt der Bericht «Colombia – Scarred Bodies, Hidden Crimes» von *Amnesty International* einen entscheidenden Beitrag zur Aufklärung über die Dynamik der Gewaltspirale in Kolumbien dar. Auf zwei Reisen in den Jahren 2003 und 2004 konnten Vertreter von *Amnesty International* mit einer Reihe von Zeuginnen und überlebenden Opfern sexueller Gewalt sowie mit deren Angehörigen sprechen. Der Bericht stützt sich nicht nur auf dieses dabei gesammelte Material, sondern er berücksichtigt gleichzeitig Untersuchungen internationaler wie nationaler Menschenrechtsorginsationen über die Situation von Frauen in Kolumbien und wertet die Stellungnahmen von Experten aus.

In den letzten Jahren haben Guerilla, Militär wie Paramilitärs im Rahmen der gewaltsamen Auseinandersetzungen immer gezielter die Zivilbevölkerung in ihre Aktionen einbezogen. Damit wollte man vermeintliche Sympathisanten und Helfer des Gegners außer Gefecht setzen oder Territorien von strategischer oder wirtschaftlicher Bedeutung für den Gegner unattraktiv und unkontrollierbar machen oder die Unterstützung der heimischen Bevölkerung für die eigenen militärischen Ziele erzwingen. Dabei kam es immer wieder zu sexueller Gewalt, Nötigung und Ausbeutung von Mädchen und Frauen. Dieser Sachverhalt wurde sehr lange nicht zur Kenntnis genommen, nicht nur weil Gewalt gegen Frauen als zur Privatsphäre gehörend angesehen wurde, sondern auch weil die Scham über die erlittene Gewalt es vielen Frauen unmöglich machte, mit anderen darüber zu sprechen. Das schon vorher existierende Muster individueller und kollektiv ausgeübter sexueller Gewalt hat durch die kriegerischen Aktionen an Brutalität zugenommen und die sie stützenden sexistischen Stereotypen noch verstärkt.

Vergewaltigung und andere sexuelle Verbrechen, Verstümmelungen von Geschlechtsorganen werden von den Konfliktparteien aus vielen Gründen als Waffen eingesetzt. Sie dienen dazu, um in Dörfern Terror zu verbreiten, damit deren Bewohner dann um so leichter kontrolliert werden können. Sie können auch dazu verwendet werden, daß Menschen aus ihren Dörfern fliehen. Oder man braucht sie, um sich am Gegner zu rächen, ihn zu demütigen. Mädchen und Frauen werden als Kriegstrophäen betrachtet und als Sexsklavinnen ausgebeutet. Vielfach werden Männer und Frauen wegen ihrer sexuellen Identität zu Opfern von Gewalt, oder man versucht, mit diesem Mittel eine totale Kontrolle über gemeinschaftliche und individuelle Lebensweisen und Vorlieben zu erreichen.

Diese Vergehen wurden und werden in der kolumbianischen Öffentlichkeit bislang nur unzureichend zur Kenntnis genommen. Obwohl vielfach durch Gerichtsmediziner bei (toten wie überlebenden) Opfern Verstümmelungen und Verletzungen durch sexuelle Gewalt eindeutig festgestellt werden konnten, werden diese nicht eigens vermerkt. Das schreckliche Schicksal, das Opfer sexueller Gewalt ertragen mußten, unterliegt demnach einer zweifachen Unsichtbarkeit: Einmal wird sexuelle Gewalt vielfach als belanglos eingestuft, und zweitens werden die Opfer nicht hinreichend zur Kenntnis genommen.

2003 sind 220 Frauen aus politischen Gründen außerhalb von Kampfhandlungen getötet worden, und 20 sind gewaltsam «verschwunden». Von diesen Verbrechen wurden 5% von Angehörigen der Streitkräfte, 26% von Angehörigen der Paramilitärs und 16% von Angehörigen der Guerilla begangen. In den übrigen Fällen konnte die Täterschaft nicht eindeutig festgestellt werden. Vom Jahre 2000 bis zum Ende des Jahres 2002 stieg die Zahl der Frauen, die Opfer von Gewalttaten wurden, um ein Fünftel. Während dieser Zeit machten Frauen 6% aller getöteten und gewaltsam «verschwundenen» Personen aus. Von den Folteropfern waren 10% Frauen, während sich unter den durch Landminen Verletzten 11% und unter den Entführten 18% Frauen befanden. Markant höher ist die Zahl von Frauen, die humanitär, politisch oder gewerkschaftlich aktiv waren: Die Zahl schwankt zwischen 15 und 20% der Opfer. Ebenso hoch ist die Zahl von Frauen als Opfer in den indigenen Gemeinschaften. Die dänische Anthropologin Donny Meertens hat in einer grundlegenden Studie das hier sichtbar werdende Grundmuster der Gewalt analysiert und ist dabei zum Schluß gekommen, daß geschlechtsspezifisch bestimmte sexuelle Gewalt (*Gendered Violence*) ein subkutanes und doch dominierendes Muster bei Menschenrechtsvergehen in Kolumbien darstellt.[5] Ihre Langzeituntersuchungen bestätigen noch einmal die aktuellen Befunde des Berichtes von *Amnesty International.*

Nikolaus Klein

[1] Amnesty International, Hrsg., Colombia – Scarred Bodies, Hidden Crimes. Sexual Violence against Women in the Armed Conflict. London 2004, 52 Seiten.

[2] CODHES, Dimensiones de la crisis humanitaria y de derechos humanos en Colombia. Bogotà 2004, 10 Seiten.

[3] Vgl. Gerhard Drekonja-Kornat, Kolumbien: Mikro-Kriege und Friedensinseln, in: Internationale Politik und Gesellschaft 11 (2004) 2, S. 147-161.

[4] Heidrun Zinecker nennt in ihrer grundlegenden Studie (Kolumbien – Wie viel Demokratisierung braucht der Frieden? [HSFK-Report 2/2002] Hessische Stiftung Friedens- und Konflikforschung, Frankfurt/M. 2002, S. II, 18f., 35-39, 62f.) diese Form politischer Herrschaft ein «Regime-Hybrid».

[5] Donny Meertens, Victims and Survivors of war in Colombia: Three Views of Gender Relations, in: Charles Bergquist u.a., Hrsg., Violence in Colombia 1990-2000. Waging War and Negotiating Peace. Scholarly Resources, Wilmington/De 2001, S. 151-169; vgl. CODHES, Hrsg., Las mujeres en la guerra: De la desigualidad a la autonomía política. (CODHES Informa, 48). Bogotà 2004, 47 Seiten.

Vom Verstehen zum Handeln

Eine «Praktische Bibelhermeneutik» und die Zukunft der Exegese

Daß die Bibelwissenschaft in der Krise steckt, ist inzwischen eine so wohlfeile Aussage geworden, daß sie nicht ausführlich belegt zu werden braucht.[1] Die Kommunikationsstörungen zwischen der Exegese und den anderen Disziplinen der Theologie, zwischen Exegese und Lehramt sind offenkundig und wiegen schwer. Noch schwerwiegender freilich ist die offensichtliche Nichtwahrnehmung der Bibelwissenschaft und ihrer Ergebnisse durch die Mehrheit des Gottesvolkes und durch die Mehrheit einer immer weniger christlich geprägten, dabei aber keineswegs areligiösen Gesellschaft. Es ist ja nicht so, daß die Bibel keine Rolle spielte – ganz im Gegenteil: Gerade in fundamentalistischen Kreisen wächst ihr Einfluß, sowohl auf christlicher wie auf jüdischer Seite. Aber gerade dort sind die Ergebnisse der kritischen Bibelwissenschaft von sehr geringer Bedeutung, weil sie als Kinder wissenschaftlicher Skepsis einen fundamentalistischen Gebrauch biblischer Texte eher stören. Man wird insgesamt wohl

[1] Vgl. dazu die Belege bei Joachim Kügler, Für wen arbeitet die Bibelwissenschaft? Exegese im Kontrast gegenwärtiger und zukünftiger Pluralität, in: R. Bucher, Hrsg., Theologie in den Kontrasten der Zukunft. Perspektiven des theologischen Diskurses (Theologie im kulturellen Dialog 8), Styria, Graz 2001, S. 95-116; ders., Auf dem Weg zur Pluralitätsfähigkeit? Bibelwissenschaft im Spannungsfeld von Sozialkonstruktivismus, Rezeptionsästhetik und Offenbarungstheologie, in: Alexius J. Bucher, Hrsg., Welche Philosophie braucht die Theologie? (Eichstätter Studien 47), Pustet, Regensburg 2002, S. 135-160.

an der Erkenntnis nicht vorbeikommen: Der nachkonziliare Bibelfrühling ist vorbei – zumindest als Bibel*wissenschafts*frühling. Der allgegenwärtige Kirchenwinter, von dem schon Karl Rahner einst sprach, hat auch hier zugeschlagen.

Was ein Pastoraltheologe mit der Bibel macht

In dieser Situation ist es erfreulich, daß *Ottmar Fuchs*, einer der renommiertesten Pastoraltheologen im deutschen Sprachraum, eine (inhaltlich und äußerlich) gewichtige Bibelhermeneutik vorlegt[2] und damit die bleibende Bedeutung von Bibel und Bibelwissenschaft verdeutlicht. Weil O. Fuchs kein Exeget ist, werden sich viele natürlich sofort fragen, warum das, was er macht, die Bibelwissenschaft interessieren sollte. Dazu aber später. Zunächst ein Überblick, was er eigentlich in seinem Buch präsentiert: Dabei ist einmal festzuhalten, daß es sich bei der vorgelegten Hermeneutik um einen Sammelband handelt, der eine ganze Reihe von Aufsätzen, die O. Fuchs in den letzten Jahren an unterschiedlichsten Orten veröffentlicht hat, zusammenführt. Solche Aufsatzsammlungen sind bei der Leserschaft inzwischen etwas in Verruf geraten, weil sie eben Altes (und manchmal doch Verstaubtes) noch einmal aus der Kammer des Vergessens holen und in ihrem bisweilen festzustellenden Bestreben, den Nachruhm des Autors zu sichern, eher dessen Eitelkeit dienen als dem Erkenntnisfortschritt der Lesenden. Das ist hier freilich ganz anders, denn durch das Zusammenstellen der verstreuten Beiträge, die O. Fuchs zum Themenfeld Bibel und Bibelwissenschaft geliefert hat, entsteht das Gesamtbild einer Hermeneutik-Konzeption, das vorher nur für intime Fuchskenner sichtbar war. Obwohl die Entstehung der einzelnen Beiträge zum Teil 15 Jahre auseinanderliegt, bietet sich doch ein Bild großer konzeptioneller Geschlossenheit.

Grundfragen des Textverstehens

Das Buch beginnt mit einem längeren Abschnitt, in dem die hermeneutischen Grundlagen gelegt werden (S. 13-54), wobei O. Fuchs auch auf die neueste textwissenschaftliche Diskussion eingeht. Der folgende Teil (S. 55-101) erklärt dann, warum die Beschäftigung mit der Bibel für die Pastoraltheologie notwendig und wichtig ist. Die Antwort ist relativ einfach: Weil die Bibel und die Bibelwissenschaft für die Kirche wichtig sind, sind sie auch für die Pastoraltheologie wichtig. O. Fuchs begreift Kirche als Erinnerungsgemeinschaft, die nicht nur, wie andere Gemeinschaften auch, durch die Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses ihre eigene Identität konstruiert, sondern in der Erinnerung an die Erfahrungen früherer Menschen mit Gott und der darin sich vollziehenden Offenbarung Gottes zugleich ihren wichtigsten Auftrag hat, ohne den sie ihr Wesen verliert. Kirche ist damit stets hineingestellt in das Spannungsfeld aus Erinnerung an Vergangenes, Bewährung in der Gegenwart und Eröffnen von Zukunft. O. Fuchs stellt zu Recht fest, daß die Fixierung auf die Vergangenheit für die Kirche immer auch eine Gefahr darstellt, vor allem dann, wenn nicht die lebendige Veränderung in der eigenen Geschichte zur Norm erhoben wird, sondern die Fiktion der strukturellen Unveränderlichkeit. Eine solche Kirche wird dann von ihren Zeitgenossen nicht nur als konservative Institution wahrgenommen, sondern als eine heillos rückwärtsgewandte, die für die Gegenwart bedeutungslos ist und für die Zukunft eher hinderlich. Wo freilich Erinnerung sich auf die Lebendigkeit der Ursprungserfahrungen richtet, ist die Orientierung an solcher Vergangenheit etwas, was Zukunft eröffnet. Die Kirche kommt ohne Vergangenheit nicht aus, denn wenn sie sich nicht daran erinnert, wo sie herkommt, wird sie vergessen, wozu sie da ist. Die Frage ist freilich, wie Kirche mit der Vergangenheit und damit auch mit der biblischen Botschaft umgehen soll. Ziel muß es jedenfalls sein, im Handeln des Gottesvolkes «die alten Geschichten als neue, lebenswichtige und zum Teil ‹gefährliche› Erinnerung gottgefälliger Wirklichkeit in erfahrbarer Weise mit gegenwärtiger persönlicher und gemeinschaftlicher Wirklichkeit in Verbindung zu bringen» (S. 70). Und genau dazu braucht es eine praxisorientierte Hermeneutik, deren Entwicklung O. Fuchs im Abschnitt «Methode und Erfahrung» (S. 103-154) dann vorantreibt. Der Titel erinnert an Hans-Georg Gadamers berühmten Titel «Wahrheit und Methode», und die Variation zeigt, worauf es O. Fuchs ankommt, nämlich nicht beim Verstehen als intellektuellem Geschehen stehenzubleiben, sondern darüber hinaus zu einer christlichen Existenz vorzustoßen.

Kanon als Pluralitätsgarant

Dabei ist freilich festzuhalten, daß für O. Fuchs (gut katholisch) nicht einfach die einzelnen und ihr Leben im Zentrum stehen, sondern diese stets eingebunden sind in die Kirche als Lesegemeinschaft, die sogar mehr umfaßt als die Lebenden, indem sie auch die Toten als frühere Lesende mit einbezieht (Traditionsprinzip). Es ist deshalb naheliegend, daß O. Fuchs mit der Kanonischen Schriftauslegung liebäugelt, also mit jener Richtung der Exegese, die in den letzten Jahren den Kanon als Interpretationsrahmen der einzelnen Texte betont hat. O. Fuchs macht freilich klar, daß bei ihm der kanonische Bezug keine anti-kritische Reaktion darstellt. Besonders der kurze Abschnitt mit dem inzwischen (zu Recht!) berühmt gewordenen Titel «Die Bibel als Lernschule der Pluralität» (S. 182-189) befreit die Kanonorientierung von jeder totalitär vereinheitlichenden Zielsetzung und macht den Kanon in seiner internen Vielfalt als pluralitätsfreundliches und Pluralität sicherndes Gebilde erkenntlich. Die Bibel wird so auch zum ekklesiologischen Modell, insofern sie in sich das Urbild einer echten Ökumene als Einheit in Vielfalt ist.

Es ist unmöglich, hier das gesamte Buch zu besprechen. Hingewiesen sei aber noch auf einige Highlights, wie etwa den Mythos-Abschnitt (S. 203-264), in dem O. Fuchs sich in Auseinandersetzung mit der kulturwissenschaftlichen Mythos-Diskussion für eine Überwindung der «Entmythologisierung» stark macht, wobei es ihm freilich um eine Überwindung Rudolf Bultmanns nach vorne geht, nicht um einen Rückfall in vorkritische Zeiten. O. Fuchs folgt der Erkenntnis, daß der Mythos eine Aussageform eigener Art ist, ohne den bestimmte Wahrheiten nicht formuliert werden können. Weil der Mythos als sinnstiftende Redeform von vorneherein eine pragmatische Zielsetzung hat, geht es O. Fuchs um eine Entsicherung des Mythos, also um eine Arbeit mit der mythischen Tradition, die ihre existenzformende und orientierende Kraft wieder wirksam werden läßt.

Plädoyer für Pluralität und Eigenwert

Eine solche Entsicherung würde freilich in einen gefährlichen Biblizismus umschlagen, wenn nicht die Relevanz der Lesenden und ihrer Lebenskontexte gesichert würde. Gerade das gelingt aber der «Kontextuelle(n) Bibellektüre» (S. 321-384), die in der Betonung der Kontextualität des Leseprozesses die heutigen Lesenden gegenüber dem Text stark macht. O. Fuchs sichert hier

Burg Rothenfels 2004

Das Opfer am Ende. Opferglaube und Opferkritik. Fundamentaltheologische Perspektiven mit Prof. Dr. Jürgen Werbick
vom 5.–7.11.2004

«Wo hast Du dich verborgen?» Gottesentdeckungen im Cantico espiritual des Johannes vom Kreuz mit Dr. Gotthard Fuchs
vom 3.–5.12.2004

Information und Anmeldung: Burg Rothenfels, 97851 Rothenfels, Tel: 09393-99999 Fax: 99997 Internet: www.burg-rothenfels.de; Email: verwaltung@burg-rothenfels.de

[2] Es geht um: Ottmar Fuchs, Praktische Hermeneutik der Heiligen Schrift. (Praktische Theologie heute 57), Kohlhammer, Stuttgart 2004, 480 S. (ISBN 3-17-017353-7). Verweise darauf werden einfach mit Seitenzahlen in Klammern belegt.

die Aktualität vor einer Überformung durch die Vergangenheit und macht deutlich, daß es gerade wegen der Kirchlichkeit der Bibelauslegung, wie er sie konzipiert hat, keine Diktatur der Toten über die Lebenden geben kann. Die vergangene Gotteserfahrung, wie sie in den biblischen Texten überliefert ist, hat für die heutigen Lesenden zwar eröffnenden und insofern auch normierenden Charakter, aber sie kann die heutige Gotteserfahrung nicht ersetzen. Der gelungene Leseprozeß besteht gerade nicht in der «Gleichschaltung» der Gegenwart durch die Vergangenheit, sondern in der paritätischen Begegnung zwischen Bibel und Heute, die es *beiden* Seiten erlaubt, ihre befremdende und darin eröffnende prophetische Kraft zu entwickeln. Nur so kann im Lesen Offenbarung geschehen, die ein neues Leben ermöglicht.
Weil es um echte Parität geht, in der die biblischen Texte ihre eigenwertige Fremdheit behalten müssen, versucht O. Fuchs am Ende dann wieder die Bibel gegen die Überformung durch die Lesenden zu sichern. Er stellt «Kriterien gegen den Mißbrauch der Bibel» (S. 385-407) auf und sucht nach einer Umgangsform mit «Macht und Gewalt in biblischen Texten» (S. 438-461), die nicht selbst gewalttätig ist. In diesem letzten Abschnitt wird eine offenbarungstheologische Synthese des ganzen Buches deutlich: Es ist die Bibel, die in ihrer internen Pluralität den Eigenwert ihrer Lesenden und deren Situation sichert. Sie kann dies freilich nur, wenn die Lesenden die Eigenwertigkeit der Bibel sichern, indem sie sich (einigermaßen) ergebnisoffen und veränderungsbereit in einen befremdenden Leseprozeß hineinbegeben. Das freilich haben die Lesenden nur zum Teil in der Hand. Wenn es nämlich auf den Geist ankommt, in dem die Bibel gelesen wird, dann ist klar, daß dieser Geist eben letztlich nicht machbar ist, sondern Gnade.

Was bedeutet «Praktische Hermeneutik» für die Exegese?

Wer das alte Bild der Zuordnung der theologischen Teilgebiete im Kopf hat, wird die Exegese als Basiswissenschaft einstufen, die den richtigen Sinn der Bibel klärt, damit dieser dann von der übrigen Theologie weiterverarbeitet werden kann. Die Praktische Theologie ist in diesem Modell so etwas wie das Ausscheidungsorgan der Theologie: Sie steht am Ende und hat als Anwendungswissenschaft die Aufgabe, das, was die anderen erarbeitet haben, nun für die Praxis «fruchtbar» zu machen. Eine Rückkoppelung ihrer Ergebnisse an die anderen Disziplinen ist nicht vorgesehen, also braucht sich ein Exeget auch nicht dafür zu interessieren, was ein Pastoraltheologe schreibt.
Aber schon die Einebnung der lebendigen Vielfalt menschlicher Existenz in der üblichen Rede von *der* Praxis sollte hellhörig machen. Theologie, die so spricht, will das Leben der Menschen nicht genauer anschauen. Sie kommuniziert ihre Ergebnisse in den Bereich von wissenschaftsnahen Multiplikatoren (z.B. die Pastoraltheologen und die ihnen nachgeordneten «Praktiker»), welche ihrerseits die Ergebnisse weitergeben, bis diese dann «in der Praxis» ankommen. Bekanntlich funktioniert das (nicht nur bezüglich der Theologie) recht schlecht, und man weiß gar nicht, ob man darüber traurig sein soll. Dieses Modell ist nämlich wissenschaftsgläubigen und autoritären Konzeptionen des 19. Jahrhunderts verpflichtet. Theologisch hinkt es hinter der Ekklesiologie des Zweiten Vatikanischen Konzils her, und soziologisch widerspricht es dem Streben nach Partizipation und Emanzipation von demokratisch geprägten Menschen. Die Menschen auf der Ebene «der Praxis» werden nur als passive Rezipientinnen und Rezipienten wahrgenommen. Sie haben den wissenschaftlichen Ergebnislieferanten nichts zu sagen. Deshalb muß auch kein konkretes Bild von ihnen entwickelt oder gar der direkte Austausch mit ihnen gesucht werden. «Die Praxis» hat in einem solchen Theologiemodell keine prophetische Funktion. Und genau diese klagt O. Fuchs energisch ein. Die traditionell autoritäre Struktur des Praxisbezugs wird aufgebrochen: Es geht nicht mehr undifferenziert um «die Praxis», sondern um konkrete Orte des Praxisbezugs, die ihre eigene Kompetenz einbringen in das Ringen um eine christliche Existenz – und auch in die exegetische Arbeit.

Pastorale Rekonstruktion der Theologie

So kommt wohl der größte innovative Impuls der Bibelhermeneutik von O. Fuchs aus seiner inhaltlichen Neubestimmung der Theorie-Praxis-Koppelung – mit entsprechender Rückwirkung auf die Theologie. So wie das Leben der Menschen nicht mehr nur Rezeptionsort der Theologie sein kann, so kann die Praktische Theologie als Anwältin dieser Menschen in der Theologie nicht mehr nur Umsetzungswissenschaft für die Ergebnisse der anderen Disziplinen sein. Sie muß vielmehr als Leitwissenschaft angesehen werden. Was ansteht, ist eine pastorale Neukonstruktion der Theologie insgesamt und damit natürlich auch der Bibelwissenschaft. Mit «pastoral» ist dabei selbstverständlich nicht nur «seelsorgerlich» gemeint, sondern die Gesamtheit kirchlichen Handelns *in* der Welt und *für* die Welt. Das II. Vatikanische Konzil hält in der Anmerkung zu Art. 1 fest, was «Pastoralis» im Titel der Pastoralkonstitution Gaudium et spes bedeutet, nämlich «das Verhältnis der Kirche zur Welt und zu den Menschen von heute», das sie auf der Basis ihrer Lehre entwickelt. Die Kirche strebt «nach der Ankunft des Reiches Gottes und der Verwirklichung des Heiles der ganzen Menschheit» und sieht sich als «das ‹allumfassende Sakrament des Heiles› [...], welches das Geheimnis der Liebe Gottes zugleich offenbart und verwirklicht» (GS 45). Pastoral ist also die gesamte Praxis des Gottesvolkes als performatives Zeichen der Menschenliebe Gottes.[3] Dementsprechend hatte Karl Rahner schon 1970 prophezeit, daß zwar «eine von der praktischen Vernunft und der praktischen Theologie her strukturierte eine und ganze Theologie nicht die einzige in der Kirche sein wird, aber andererseits doch wohl die, die am deutlichsten den Zeitstil zur reflexen Gegebenheit bringen wird, der die Signatur der Kirche von morgen und somit auch ihrer Theologie sein wird».[4] Es geht also um einen Volk-Gottes-Bezug der Theologie, der dem Welt-Bezug des Gottesvolks entspricht.

Die Krise als Chance

Hier eröffnet sich der Exegese die Chance, ihre oft beklagte Bedeutungslosigkeit zu überwinden. Wenn sich die Bibelwissenschaft als Teilprojekt der pastoralen Erneuerung der Theologie verstehen will, ist allerdings Umdenken nötig. Das ist unbequem. Schon die Anerkennung der Pastoraltheologie als Leitwissenschaft, von der es etwas zu lernen gilt, ist eine Zumutung – und erst recht die Anerkennung der konkreten christlichen Existenz als Lernort der Bibelwissenschaft. Schmerzlich dürfte auch der Verzicht auf den lehramtlichen (bisweilen gegenlehramtlichen) Habitus sein, mit dem Gelehrte gerne ihr Wissen vortragen. Es gilt, das Volk Gottes neu zu entdecken und die Daseinsberechtigung der Exegese (auch und gerade an der Universität) darin zu sehen, ihm bei dem Versuch, das eigene Leben mit der Bibel in Beziehung zu setzen, hilfreich zur Seite zu stehen – gleichermaßen als Anwältin der Texte wie auch als solidarische Zeitgenossin.
Zwar gab es in den letzten Jahren in der Bibelwissenschaft durchaus schon eine theoretische Reflexion auf die Ergänzung rezeptions*ästhetischer* Theoriebildung durch eine exegetische Rezeptions*pragmatik*, aber entsprechende Gedankengänge wurden bis jetzt noch nicht in den Vollzug bibelwissenschaftlicher Arbeit umgesetzt. Hier ist von neueren Projekten einiges zu erwarten, und aus einzelnen tastenden Versuchen sollte ein Prozeß mit Breitenwirkung werden. Kontextualität sollte nicht länger ein Attribut bestimmter «Sonderexegesen» (z.B. im Feminismus oder in der Befreiungstheologie) sein, sondern ein Qualitätsmerkmal *jeder* Bibelwissenschaft, die etwas auf sich hält.
Vom Grundansatz her wird es einer pastoral reformierten Exegese nicht mehr nur um eine kognitive Beziehung zu den Texten im

[3] Zur Bedeutung der Pastoralkonstitution vgl. Elmar Klinger, Das Volk Gottes auf dem Zweiten Vatikanum. Die Revolution in der Kirche, in: JBTh 7 (1992), S. 305-319.
[4] Vgl. Karl Rahner, Neue Ansprüche der Pastoraltheologie an die Theologie als ganze, in: ders., Schriften zur Theologie IX. Einsiedeln u.a. 1970, S. 127-147, 147.

Sinne des Verstehens, sondern um die Konstitution einer Beziehung zwischen Text und Praxis des Gottesvolks gehen. Verstehen ist der Anfang von allem, aber eben erst der Anfang. Das Entscheidende ist ein angemessenes Handeln, das sich selbst mit dem Text in Beziehung setzt. Der Hermeneutikbegriff ist in diesem Kontext pragmatisch zu öffnen. Um diese pragmatische Dimension auszudrücken, sollten wir nicht mehr nur vom Verstehen der Texte sprechen, sondern vom rechten Umgang mit ihnen.

Fragen, die der Mühe wert sind

Viele Exegetinnen und Exegeten haben heute schon ihr je eigenes Basisengagement, aber man merkt es der Exegese meist nicht an. Solche Anbindung an das Gottesvolk ist aber nicht länger als zeitraubendes Hobby einzustufen und von der wissenschaftlichen Arbeit abzutrennen. Es ist auch konzeptionell in die Wissenschaft einzuspeisen. Die Menschen an den Bezugspunkten der Exegese werden zu partizipatorischen Reflektoren der Wissenschaft und gewinnen dieser gegenüber echte prophetische Qualität. Eine neue Exegese entwickelt in Kontakt mit Menschen, die sich an einem ganz konkreten Praxis-Ort um ethische, spirituelle, kulturelle oder politische Impulse biblischer Texte bemühen, jene Fragen an die Texte, die zu beantworten der Mühe wert sind, weil sie Bedeutung haben. Exegese wird in Aufmerksamkeit (für den Text und die Zeichen der Zeit) und in Solidarität (mit den alten Texten und den Menschen von heute) zur wechselseitigen Mediatorin zwischen Bibel und Leben.

Die Praktische Bibelhermeneutik von O. Fuchs ist von größter Bedeutung für Bibelwissenschaft und Kirche, weil sie einen Weg eröffnet, die gegenwärtige Krise als Chance zu begreifen und zu gestalten. Sie überwindet die Entfremdung zwischen der Bibelwissenschaft und dem Leben heutiger Christenmenschen – zumindest theoretisch. Damit sie auch in der Wissenschaftspraxis überwunden wird, braucht es den Willen von Exegetinnen und Exegeten, sich hineinzubegeben in das Leben der Menschen.

Joachim Kügler, Bayreuth

«... du trägst eine Fremdheit zu Lehen...»

Briefwechsel zwischen Ilana Shmueli und Paul Celan

Die Wahrheit ist, daß ihm auf Erden nicht zu helfen war. Zu diesem Schluß gelangt man nach der bewegenden Lektüre des Briefwechsels zwischen dem Dichter *Paul Celan* (1920-1970) und seiner Freundin aus Czernowitzer Jugend- und Kriegstagen, *Ilana Shmueli* (*1924). Denn wie schon in der Korrespondenz zwischen dem Dichter und seiner Frau, der Künstlerin *Gisèle Celan-Lestrange* (1927-1991), tritt auch hier eine Partnerin ins Blickfeld, die mit überdurchschnittlicher Intuition und Empathie, mit einer seelischen Finesse sondergleichen begabt ist – und trotzdem gelingen Momente des Einsseins nur selten. Die wild wuchernde psychische Krankheit Celans baut Barrieren auf, welche schließlich nicht mehr zu überwinden sind. In beiden Fällen sprechen die zusehends knapperen Briefantworten Celans Bände für diese Abkapselung. Daher hinterlassen auch beide Korrespondenzen einen scharfen Schmerz über den vergeblichen Einsatz der Korrespondenzpartnerin, über so viel Unmöglichkeit.

Ilana Shmueli legt nun zusammen mit Thomas Sparr den Briefwechsel vor.[1] 130 Briefe sind zwischen 1967 und 1970 geschrieben worden: 57 von Paul Celan (seit 1991 im Deutschen Literaturarchiv Marbach a.N.), 73 von Ilana Shmueli. Außerdem werden 26 Gedichte eingefügt, die Celan den Briefen beigelegt hat. Die meisten von ihnen sind 1976 in die Nachlaß-Edition «Zeitgehöft» integriert worden. Sie bilden dort den zweiten Zyklus, den Celan selbst mit dem Arbeitstitel «Ilana» benannt hat. Wie schon die Korrespondenz zwischen den Ehepartnern[2] bildet auch die vorliegende zugleich ein Stück Biographie; in diesem Fall beleuchtet sie die drei letzten Lebensjahre des Dichters vor seinem Selbstmord im April 1970. Mit Recht verweisen die ausführlichen Kommentare immer wieder auf den Briefwechsel der beiden Gatten und dessen Anmerkungen; wer den Doppelband allerdings nicht beiziehen kann, ist benachteiligt. Gern wird man auch nochmals Ilana Shmuelis Erinnerungen, «Sag, dass Jerusalem ist», nachlesen.[3]

Wahnlast und Wirklichkeitslast

Es ist ein intensiver Austausch, der gefährlichen Fieberkurven folgt und sich fast ausschließlich über das Halbjahr zwischen Oktober 1969 und April 1970 erstreckt. «Ja, sprich zu mir, unausgesetzt, es ist keine Last, wie Du befürchtest», versichert Celan (21. Oktober 1969). Früh ist auch Ilanas Angst da, «zu klein angelegt zu sein», mit anderen Worten: den Ansprüchen Celans nicht genügen zu können. Doch was ist das für ein Mann, der in einer Frau solche Gefühle auslöst, muß man sich fragen. Und was ist das für eine Frau, die solche Gefühle in sich nährt, wäre die zweite Frage. Celan indessen beruhigt Ilana: «Du versuchst, sagst Du, einfach zu sein, und weisst, mit mir, dass es alles andere ist als einfach: ich weiss das, wie Du, und doch ist es im Einfachen zuhause, das alles Vielfache und Vielfältige in sich aufnimmt...» (21. Oktober 1969). Doch Jerusalem, wohin Celan während seines Israel-Aufenthalts (30. September bis 17. Oktober 1969) zu einer Lesung eingeladen worden ist, und wo er Ilana begegnet, erscheint dem Schwierigen als «eine Wende, eine Zäsur» in seiner Biographie. Dies ist in einer euphorischen Anwandlung gesprochen. Sagte er nicht in seiner Ansprache vor dem hebräischen Schriftstellerverband am 14. Oktober 1969 in Tel Aviv auch dies: «Ich glaube einen Begriff zu haben von dem, was jüdische Einsamkeit sein kann.» Diese aber scheint in Jerusalem aufgebrochen worden zu sein, kurz nur, wie man nach wenigen weiteren Briefen weiß. «Jerusalem hat mich aufgerichtet und gestärkt. Paris drückt mich nieder und höhlt mich aus. Paris, durch dessen Straßen und Häuser ich soviel Wahnlast, soviel Wirklichkeitslast geschleppt habe all diese Jahre», konstatiert Celan (27. Oktober 1969), von der Leuchtkraft der späten Liebe für Ilana getroffen. Aber rasch kriegt ihn die Krankheit wieder in ihre Griffe. Es häufen sich seine Klagen über das mangelhafte Gedächtnis, die Unfähigkeit zur Konzentration; beide Störungen treten bei ihm als unliebsame Nebenwirkungen bestimmter Medikamente auf und behindern ihn bisweilen beträchtlich in seiner Tätigkeit als Dichter wie auch als Deutschlektor an der École Normale Supérieure.

Eine höllische Leere

Ilana Shmueli ihrerseits, die als Sozialpädagogin russische Immigranten in Tel Aviv betreut und mit ihrer Familie nach dem Sechstagekrieg in einem konfliktreichen politischen Alltag lebt, hält vorerst mit eigenen Schwierigkeiten zurück. Immer mehr aber spürt man, daß auch sie an manchem nicht leicht trägt; gern hätte man etwas weitergehende biographische Informationen zu ihrem

[1] Paul Celan, Ilana Shmueli, Briefwechsel. Herausgegeben von Ilana Shmueli und Thomas Sparr. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2004 (es wird gemäß der dortigen Interpunktion zitiert).

[2] Paul Celan, Gisèle Celan-Lestrange, Briefwechsel. Herausgegeben und kommentiert von Bertrand Badiou in Verbindung mit Eric Celan. Aus dem Französischen von Eugen Helmlé (getrennter Text- und Kommentarband). Suhrkamp, Frankfurt a.M. 2001.

[3] Ilana Shmueli, Sag, dass Jerusalem ist. Über Paul Celan: Oktober 1969 - April 1970. Edition Isele, Eggingen 2000. – Weiterführende Literatur: Gerhart Baumann, Erinnerungen an Paul Celan. Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1986.

Leben erhalten. Dazu ist sie gezeichnet von der Sehnsucht nach ihm, dem Dichter im fernen Paris. «Ich bin auch fast sicher dass ein Alltag zwischen uns fast unerträglich wäre. Ich kenne meine Grenzen u. Schwierigkeiten und habe Deine zu fühlen bekommen, fühle Deine Grenzen auch jetzt durch Dein Schweigen. Aber irgendeine Form von Realität zwischen uns muss möglich sein», schreibt sie beschwörend (7. November 1969). Indessen verzeichnet ihre Liebesgeschichte nur einige wenige Begegnungen: jene in Israel während Celans Besuch im Oktober 1969, jene während Ilana Shmuelis Paris-Aufenthalt im Winter 1969/70. Die Briefe kreieren daher um so mehr kleine Wirklichkeiten, der Gang zum Postfach gerät zum täglichen, fast obsessiven Ritual. Aber in diesen Schreiben brodelt auch der ganze Ozean der Gefühle: Angst und Ungeduld, Hoffnung und Euphorie, Niedergeschlagenheit und Öde. Ilana spricht von ihrer Angst vor den «langen Nächten», Paul Celan von der «höllischen Leere», die er in seinen Knochen spüre (er lebt seit November 1967 auf Bitten seiner Frau getrennt von seiner Familie). Es ist die Not zweier Einsamer.

Kleine Schilfe im Wasser

Doch immer wieder bietet Ilana Shmueli ihre Energie auf, um Celan aus seinen Tiefen, aus seinen zerstörerischen Grübeleien herauszureißen. Die Vergangenheit soll endlich Vergangenheit werden. Eindringlich schreibt sie etwa am 1. Dezember 1969: «Lass Dich doch wieder werden – kämpfe doch nicht unausgesetzt mit dem was war! Es war – Hoffe, hoffe und hoffe!» Kurz darauf nennt sie, ganz lebenspraktisch ausgerichtet, einfache Strategien, um solch «leere Tage» besser bestehen zu können: «Halte Dich doch an ganz kleine äußere Dinge, an kleine äußere Aufgaben, die vielleicht nicht sehr wichtig sind, aber leicht durchzuführen – und die helfen die Finsternis zu überleben. Kleine Schilfe im Wasser an denen man sich fortbewegen kann – ein ganz klarer naher Punkt den man sich aussucht und auf den man zusteuern kann...»(12. Dezember 1969).
Aber es sind bloße «Techniken», unzureichend für Celans Not. Ilanas Angst wächst in manchen Briefen beklemmend an, bestimmt den Duktus ihrer Sprache. An Stelle des freien Wortflusses ist da nur noch ein Stammeln, dem Stammeln Celans oft fast zum Verwechseln ähnlich, als ob die Diktionen der Liebenden ineinander verschmelzen würden. Manchmal hält sie ihm vor, daß er auf ihre Fragen keine Antwort gibt – so muß sie sich diese selbst geben. In solchen Momenten aber wächst auch schon die trennende Mauer zwischen ihnen. Über seine zunehmende Knappheit, seine förmlichen Briefschlüsse zeigt sie sich erbost; «to hell with it», schreibt sie am 27./28. März 1970. Aber im gleichen Brief gewinnt sie auch zu ihrer eindrücklichen Tapferkeit zurück: «Ich kenne die Mauern, ich kenne Deine Fallgruben, Dein Zurückweichen, Dein Ausschlagen und meines. Ich kenne sie, ich weiss Bescheid. Ich weiss um den Schmerz der uns bevorsteht – er ist ja schon da. Und doch ich will durchleben mit Dir.»

Es bleibt: das Alleinsein

Geschrieben ist dieses Bekenntnis drei Wochen vor jenem verhängnisvollen Tag, da Celan den Tod in der Seine suchen wird. Da öffnet sich vollends die schwarze Kluft der Vergeblichkeit. Der letzte Brief des Dichters, geschrieben an einem Sonntag (12. April 1970), will die ferne Geliebte beschwichtigen: «Sei nicht unruhig, wenn jetzt eine Zeitlang – acht oder zehn Tage – keine Post von mir kommt: ab morgen ist ein Poststreik angekündigt.» Fast scheint es, als ob Celan den Streik dazu benutzt hätte, um sein Verschwinden besser zu tarnen. Wollte er überhaupt je einmal Nähe? Hat er nicht im Kreis um den Freiburger Germanistik-Professor Gerhart Baum geäußert, er unterhalte nur «intermittierende Beziehungen»? Auch Ilana fragt er: «Was kann ich tun, Ilana? Ich bin nur intermittierend ‹da› und wohl für immer ‹untragbar›»(2. April 1970). Am 6. April 1970 schreibt er nochmals: «Bedräng mich nicht: ich lebe mit dem, was Du sagst, ich spüre, wenn Du schreibst, dass Du nah bist, doch – verzeih –, ich verlasse den Ort, wo das geschieht, die Dinge, noch die äußersten stärksten und stärkendsten, ziehn sich zurück, es bleibt: das Alleinsein.» Und was er im Gedicht «Hervorgedunkelt» an ein Du adressiert hat, richtet er im Grunde an sich selbst: «... Es ist / nichts herzumachen von euch, / du trägst eine Fremdheit zu Lehen...»
Ilana Shmueli aber hat nach allen Kämpfen Celans, nach dem Untergang des Dichters dies zumindest wissen dürfen, was er ihr am 6. März 1970 geschrieben hat: «... denk nicht, dass, wenn ich aus meiner Misere nicht herauskann, Du ‹versagt› hättest – nein, Ilana, Du hast nicht versagt, keineswegs, nur: es ist spät geworden in meinem Leben, vor der Zeit...».

Beatrice Eichmann-Leutenegger, Muri bei Bern

Polen – nach dem EU-Beitritt

Eine Bestandsaufnahme (*Erster Teil*)

Der 1. Mai 2004 wird als ein herausragendes Datum in die Geschichte eingehen. An diesem Tag erweiterte sich die Europäische Union um zehn neue Länder, davon sieben, die einst unter der Herrschaft der UdSSR standen. Fünfundzwanzig Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 455 Millionen bilden erstmals in Europa eine integrative, sich vom Atlantik bis ins Baltikum erstreckende Einheit. Bei allen Problemen, die ein solcher Staatenverbund naturgemäß mit sich bringt, bleibt eines nach menschlichem Ermessen für die Zukunft ausgeschlossen: daß die Furie des Krieges, die in der Vergangenheit mehrfach über Europa Verwüstung und millionenfachen Tod gebracht hat, unseren Kontinent erneut heimsuchen wird. Eine dauerhafte Friedenssicherung ist der fraglos bedeutendste Ertrag des 1. Mai 2004.
Es versteht sich, daß dieser Tag mit Freudenfesten begangen wurde – in Polen nicht anders als in den übrigen Beitrittsländern. Für einen Tag wurde die Mühsal des Weges hin zu diesem Ziel vergessen. Inzwischen ist aber der politische Alltag längst wieder eingekehrt, und der verlangt nach einer die bisherige Entwicklung berücksichtigenden Bestandsaufnahme der Situation Polens nach dem EU-Beitritt.
Wie eine derartige Bestandsaufnahme am Ende ausfällt, hängt wesentlich von der Perspektive ab, aus welcher der Weg Polens in die EU betrachtet wird. Hält man sich die Situation vor gut fünfzehn Jahren vor Augen, als Polen – nicht anders als die übrigen ostmitteleuropäischen Staaten – noch dem kommunistischen «Ostblock» angehörte und in einer tiefen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Krise steckte, dann erscheint der seitdem beschrittene Weg als eine in den kühnsten Träumen kaum vorstellbare Erfolgsgeschichte. Polen hat sich – und das aus eigener Kraft und ohne Blutvergießen – als erstes Land aus der Hegemonie der UdSSR befreit, anstelle der kommunistischen Alleinherrschaft eine pluralistisch-demokratische Gesellschaftsordnung errichtet, den Übergang von einer sozialistischen Plan- und Mangelwirtschaft zu einer funktionierenden Marktwirtschaft vollzogen und durch den Beitritt zur NATO und zur EU eine in seiner bisherigen Geschichte wohl einzigartige nationale Existenzsicherung erreicht. Die letzten fünfzehn Jahre müssen in dieser Rückblende als ein politischer und ökonomischer Erfolg gewertet werden, auf den die Polen mit Fug und Recht stolz sein dürfen.
Aber sie sind es nicht uneingeschränkt. Umfragen besagen, daß 80% der Polen heute der Meinung sind, der bisherige ökonomische und gesellschaftspolitische Wandlungsprozeß habe ihnen mehr Nach- als Vorteile gebracht. Daß sich durch den EU-Beitritt die Lage verbessern werde, glauben lediglich 7%. 17% sind sogar

der Meinung, sie werde sich weiter verschlechtern, während sich 74% dahingehend äußern, Polens EU-Mitgliedschaft werde an ihrem Leben nichts ändern. Wie erklärt sich dieser Widerspruch zwischen der Erfolgsgeschichte der letzten eineinhalb Jahrzehnte und einer durch diese Entwicklung offenbar weitgehend frustrierten Gesellschaft?

Es mag sein, daß überzogene Erwartungen ein Grund für diese Diskrepanz sind, wie Adam Michnik in einem Gespräch mit Vaclav Havel vermutet: «Bereits vor einiger Zeit sagte ich spaßeshalber, die Polen hätten einen Traum: zu verdienen wie in den USA, sozial abgesichert zu sein wie in Schweden und zu arbeiten wie in Zeiten der Volksrepublik. Nur daß sich dies schwerlich realisieren läßt. Derlei Träume erfüllen sich nicht. Das Resultat ist Frustration. Und die ist eine Tatsache.»[1]

Natürlich ist diese Aussage – auch für A. Michnik – keine hinreichende Erklärung. In der in Polen geführten Diskussion sucht man nach tieferen Gründen. In seiner Kritik an Ryszard Bujak, einer der Führungspersönlichkeiten der «Solidarność», der in den Transformationsprozessen die Quelle allen Übels sieht, analysiert Janusz Lewandowski die angesprochene Diskrepanz auf dem Hintergrund eines angeblichen «Verrats» der Ideale der «Solidarność»: «Millionen Menschen fanden sich im Namen von Würde und Gerechtigkeit und nicht von Kapitalismus und undurchsichtigen Mechanismen einer repräsentativen Demokratie unter diesem Banner zusammen. Die Prosa des Marktes sowie die Parteipolitik mußten besonders jene enttäuschen, für die das Selbstverwaltungsprogramm der «Solidarność» mehr war als lediglich eine Taktik in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Das Phänomen dieser Bewegung bestand im Glauben an neue Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation – vom Zwang des Staates freier Gemeinschaften. Je höher die Meßlatte der Erwartungen war, um so größer nun die Enttäuschung durch die Prosa der Dritten Republik. (...) Es fällt schwer, Parteipolitik und Marktkonkurrenz zu akzeptieren, wenn man auf sie aus der Höhe des Mythos der ‹Solidarność› herabblickt.»[2]

J. Lewandowski führt in seinem Beitrag noch weitere Frustrationsgründe an: So – gleichsam als Gegenstück zum Ethos der «Solidarność» – den das Ende des Kommunismus überlebenden *homo sovieticus*, der Freiheit und Eigenverantwortung scheut, sich nach den sozialen Sicherungen des einstigen Systems zurücksehnt und sich unter den neuen Verhältnissen nicht zurechtfindet. Verschärfend kommt hinzu, daß der langwierige Transformationsprozeß mit hohen Kosten verbunden war und weiterhin ist. Besondere Sorge bereitet die mit rund 20% überaus hohe Arbeitslosigkeit. Ihre Opfer sind vor allem die Arbeiter der unrentabel gewordenen Großbetriebe, Gruben und Werften, denen die «Wende» vor allen anderen zu verdanken ist. Sie waren die ersten, die durch Schließung oder Umstrukturierung ihrer Betriebe arbeitslos wurden. Die von ihnen erkämpfte politische Freiheit ebnete so paradoxerweise zu ihren Ungunsten den Weg zur kapitalistischen Marktwirtschaft ohne die Arbeitsplatzgarantie des einstigen Systems. Schließlich verweist der Autor noch auf die Folgen einer unterlassenen «Dekommunisierung», welche die Nomenklatura – wenngleich weit weniger als in anderen postsozialistischen Staaten – zu den eigentlichen Nutznießern der «Privatisierung» von «Volkseigentum» und damit zu den «Kapitalisten» der ersten Stunde gemacht hatte. Daß dies bei denen, die sich gegen das kommunistische System aufgelehnt hatten und sich nun auf der Schattenseite des Daseins wiederfanden, mit Verbitterung registriert wurde, ist nicht verwunderlich. Die Folge dieser Gemengelage ist ein wachsendes gesellschaftliches Protestpotential sowie eine zunehmende Distanz zu den demokratischen Institutionen, wofür die überaus geringe Beteiligung an den jeweiligen Wahlen ein untrügliches Indiz ist.

[1] Co to nam się porobiło (Was ist daraus geworden), in: Tygodnik Powszechny 43/2004, S. 1.

[2] J. Lewandowski, Stracona Dekada? Teraz Polska po PRL (Ein verlorenes Jahrzehnt? Das heutige Polen nach der Volksrepublik), www.rzeczpospolita.pl/plus_minus, 31.8./1.9.2002.

Polens innenpolitische Situation

Ein Ergebnis dieser ersten Bestandsaufnahme ist der wenig erfreuliche Umstand, daß Polen, immerhin das weitaus größte der zehn neuen EU-Länder, trotz seiner beachtlichen Erfolgsgeschichte innenpolitisch geschwächt am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beitrat. Zwar war es der Linksregierung unter Premier Leszek Miller vergönnt, das Land in die Union zu führen, doch sah sich L. Miller angesichts eines in den Umfrageergebnissen zum Ausdruck kommenden enormen Vertrauensschwunds genötigt, einen Tag später als Regierungschef zurückzutreten, nachdem er bereits zuvor seinen Parteivorsitz abgegeben hatte. Damit stand Polens EU-Beitritt unter keinem guten Stern. Ein politisch schwaches Polen ist weder für das Land noch für die Union von Vorteil. Eine innenpolitische Stabilisierung liegt somit im beiderseitigen Interesse.

Die Schwäche der Regierung ist nicht über Nacht über Polen hereingebrochen. Der von ständigen innenpolitischen Machtwechseln begleitete Weg Polens in die EU bedeutete einen großen Verschleiß der politischen Klasse, so daß die gegenwärtige Situation als das vorläufig letzte Glied einer Kette erscheint. Zudem kam es unter der Linksregierung zu einigen Korruptionsfällen, die – in den Medien in aller Ausführlichkeit kommentiert – das ohnehin nicht sonderlich hohe Ansehen der politischen Klasse weiter beeinträchtigten. Besonderes Aufsehen erregte der Bestechungsskandal um den einflußreichen Medienmagnaten Lew Rywin, mit dem sich wegen des Verdachts der Verwicklung höchster Regierungskreise in diese Affäre ein Untersuchungsausschuß des Parlaments über ein Jahr lang beschäftigt hat. Der Versuch des regierenden Linksbündnisses, Lew Rywin als Einzeltäter hinzustellen, ist vorerst am Widerspruch der Sejm-Mehrheit gescheitert, die in ihrem Bericht die Verwicklungen für erwiesen erachtet. Ob allerdings dieser spektakuläre Korruptionsfall jemals bis ins letzte aufgeklärt wird und zu einer überfälligen Selbstreinigung der politischen Elite führt, bleibt abzuwarten.

Nach Millers Rücktritt betraute Präsident Aleksander Kwaśniewski den parteilosen Finanzexperten Prof. Marek Belka mit der Regierungsbildung. Bei der Vertrauensabstimmung im Sejm erlitt er allerdings zunächst eine Niederlage, doch der Präsident hielt an seinem Kandidaten fest. Bei einer erneuten Abstimmung fand sich dann für M. Belka am 24. Juni endlich die erforderliche Mehrheit. Das Ergebnis ist allerdings weniger ein Vertrauensbeweis für den neuen Premier als vielmehr die Furcht vieler Abgeordneter, sie könnten bei erneuter Abstimmungsniederlage des ernannten Regierungschefs und den dann erforderlich werdenden Neuwahlen ihr gut dotiertes Mandat verlieren.

Auch Polens Kirche beobachtet die politische Lage im Lande mit wachsender Sorge. Auf ihrer Plenarkonferenz (11./12. Juni 2004) brachten die Bischöfe ihre Beunruhigung über die derzeitigen sozialen und politischen Verhältnisse mit deutlichen Worten zum Ausdruck: «Der Eigennutz der politischen Eliten, das erschreckende Ausmaß der Korruption und der anhaltende tragische Zustand des Gesundheitswesens sind nur einige Phänomene dieser dramatischen Situation. Die Krise der staatlichen Strukturen, die sowohl Legislative als auch Exekutive und Justiz erfaßt hat, desorganisiert das gesellschaftliche Leben und vermittelt darüber hinaus in Europa und der Welt ein negatives Bild von Polen.»[3]

Die Dringlichkeit einer erneuerten Linken

Das offenkundige Versagen der Linksregierung besitzt noch einen weiteren besorgniserregenden Aspekt. Sie hat sich in den Augen der Wähler in einer Weise diskreditiert, daß das Demokratische Linksbündnis (SLD) und die mit ihm verbundene Arbeitsunion (UP) in die politische Bedeutungslosigkeit zu versinken drohen. Sie hinterlassen eine Lücke, die kaum durch die Abspaltung der Sozialdemokraten (SdPL) zu füllen sein wird. Eine starke, politisch verantwortlich agierende Linke ist aber als

[3] Vgl. Tygodnik Powszechny 25/2004, S. 2.

Gegengewicht zu neoliberalen Tendenzen der Rechtsparteien erforderlich. Anderenfalls besteht die Gefahr, daß eine aus unterschiedlichen Gründen frustrierte, politisch heimatlos gewordene Wählerschicht für populistische Parolen anfällig wird. Diese Entwicklung zeigt sich bereits in einer deutlichen Abwanderung der Wähler von der SLD/UP zu der vom radikalen Bauernführer Andrzej Lepper geführten Samoobrona.
Edmund Wnuk-Lipiński analysiert diese Entwicklung unter dem Aspekt einer «Psychologie des Protestes», so der Titel seines Aufsatzes. Er schreibt: «Der radikale Protest schafft eine starke Bindung zwischen den Protestierenden und ihrem Führer, der nicht nur die Stimmung seiner Anhänger zum Ausdruck bringt, sondern ihnen vor allem die Wirklichkeit erläutert. Diese Erklärungen bestehen aus einem diagnostisch-anklagenden Teil («wer schuld ist»), aus Verbesserungsvorschlägen (einfache Rezepte, um aus der schwierigen, letztlich unverstandenen Situation herauszukommen) sowie aus dem Versprechen einer Rückkehr zur Gerechtigkeit (Renationalisierung des privatisierten Staatseigentums, Gefängnis oder Arbeitslager für Gegner der einfachen Rezepte). Für die Psychologie des Protestes ist es unwesentlich, ob die Diagnose zutrifft und die Verbesserungsvorschläge realistisch sind. Was zählt, ist die radikale Verwerfung des *status quo* sowie die naive Hoffnung, daß die mit Macht ausgestatteten Führer (...) ein für alle Mal die Ursachen des Unheils aus der Welt schaffen...»[4]
Der Autor kommt zu dem Schluß, daß A. Leppers Samoobrona für Polen eine ernste Gefahr darstellt, falls es nicht gelingt, eine neue Linke zu bilden, frei vom Odium der Korruption und des Verdachts, statt für das Gemeinwohl zu sorgen und sich der Schwachen in der Gesellschaft anzunehmen, eigennützige Interessen zu verfolgen.
Wenngleich die Koinzidenz von innenpolitischer Krise und EU-Beitritt alles andere als glücklich ist, so liegt darin doch auch eine Chance. Zum einen dürfte die Krisenbewältigung durch den EU-Beitritt an Dringlichkeit gewinnen und die zerstrittenen Parteien zu den für eine Stabilisierung der Lage erforderlichen Kompromissen zwingen. Zum anderen steht zu hoffen, daß durch die Integration von der Europäischen Union Impulse ausgehen, die gleichfalls zur innenpolitischen Stabilisierung beitragen werden.

Polens Ablehnung einer Stimmenneugewichtung

Es war das erklärte Ziel der fünfzehn EU-Staaten, noch vor dem 1. Mai 2004 Selbstverständnis und Strukturen der EU durch die Verabschiedung des unter Leitung von Giscard d'Estaing erarbeiteten Verfassungsentwurfs festzuschreiben. Die Verabschiedung sollte auf dem Brüsseler Gipfel vom Dezember 2003 erfolgen, zu dem auch die Regierungschefs der Beitrittsländer eingeladen worden waren, damit auch sie der EU-Verfassung zustimmen konnten. Leszek Miller, der nach überstandenem Helikopterabsturz im Rollstuhl auf dem Gipfel erschien, machte allerdings – gemeinsam mit seinem spanischen Amtskollegen – diesen Plan zunichte. Beide Regierungschefs sprachen sich gegen eine Verabschiedung des Entwurfs aus, womit sie die Gipfelkonferenz zum Scheitern brachten.
Es ging um die in Art. 24 vorgesehene «doppelte Mehrheit» bei Beschlüssen des Europäischen Rates bzw. des Ministerrates. Er sieht vor, daß jeder Mitgliedsstaat, gleich welcher Größe, eine Stimme erhält. Allerdings muß bei Beschlüssen, für die entweder eine einfache Mehrheit oder – wenn die Vorlage nicht auf die Kommission bzw. den Außenminister der Union zurückgeht – eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, geprüft werden, ob diese Mehrheiten mindestens drei Fünftel – also 60% – der Unionsbevölkerung repräsentieren.
Mit dieser Regelung sollte die im Dezember 2000 auf dem Gipfel in Nizza verabschiedete Stimmengewichtung zum 1. November 2009 abgelöst werden. Dem widersetzten sich Polen und Spanien, die – wenngleich auf dem Gipfel isoliert – an Nizza festhielten. Damals war in Abwesenheit des Noch-nicht-Mitglieds Polen um die Festlegung der Stimmen heftig gefeilscht worden, wobei sich die deutsch-polnische Interessengemeinschaft durchaus bewährt hatte, war doch Bundeskanzler Gerhard Schröder gegen Präsident Jacques Chirac als Befürworter polnischer Interessen aufgetreten. Nach J. Chirac sollte Polen zwei Stimmen weniger als Spanien erhalten, obwohl die Bevölkerungszahl beider Länder ungefähr gleich ist. Am Ende erhielten beide Staaten je 27 Stimmen, zwei weniger als die «großen Vier». Die Bundesrepublik als das weitaus bevölkerungsreichste Land der Union hatte wegen des französischen Widerstandes ihren ursprünglichen Anspruch auf eine höhere Stimmenzahl zurückgezogen und sich gleichfalls mit 29 Stimmen zufrieden gegeben.
Mit 27 Stimmen konnte sich Polen zum Kreis der Großen, wenn auch nicht der ganz Großen, zählen. Das nationale Bedürfnis nach Anerkennung schien befriedigt. Doch nun sollte die in Nizza einvernehmlich getroffene Regelung ohne Neuverhandlung durch die «doppelte Mehrheit» ersetzt werden. In Polen sah man in dieser Verfahrensweise ein Diktat Frankreichs und Deutschlands und war nicht gewillt, sich dem zu beugen. Auch befürchtete man aufgrund der Neuregelung eine Bevormundung durch diese beiden bevölkerungsstärksten Länder. Dabei bleibt grundsätzlich zu fragen, ob der für die Zusammensetzung des Europaparlaments entscheidende demographische Faktor auch noch bei den Abstimmungen im Rat eine so bedeutsame Rolle spielen muß. Jedenfalls formierte sich in der polnischen Öffentlichkeit massiver Widerstand gegen eine Stimmenneugewichtung. Jan Maria Rokita von der oppositionellen, prinzipiell europafreundlichen Bürgerplattform (PO) prägte im Vorfeld des Brüsseler Gipfels den absurden, wenngleich populistisch wirkungsvollen Slogan «Nizza oder Tod!». Unter diesem öffentlichen Druck reiste Premier Miller nach Brüssel und erklärte, der Vertrag von Nizza sei für Polen nicht verhandelbar. Damit war der Gipfel gescheitert. Die westlichen Medien dramatisierten den Vorgang, nannten ihn eine Katastrophe. Dabei hätte ein Blick in die Geschichte der europäischen Integration gezeigt, wie häufig Beschlüsse nicht zustande gekommen sind und dringende Probleme vertagt wurden, weil man sich nicht einigen konnte. Dann wurde eben nachverhandelt, bis ein tragfähiger Kompromiß erzielt war.
So war es auch diesmal. Auf dem Brüsseler Junigipfel 2004 faßten die Regierungschefs der nun mehr 25 Mitgliedsländer folgenden Beschluß: Die in Nizza getroffene Regelung bleibt bis 2009 in Kraft. Danach gilt das Prinzip der «doppelten Mehrheit» in abgeänderter Form. Eine Entscheidung bedarf dann der Zustimmung von 55% der Staaten, also mindestens von fünfzehn Ländern, wobei diese 65% der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen. Polen erreichte darüber hinaus die Einschränkung, daß eine 30% der EU-Staaten umfassende Gruppe bzw. 26,25% der Bevölkerung der Union aufgrund der «doppelten Mehrheit» getroffene Beschlüsse stoppen und weitere Verhandlungen fordern können. Mit diesem Kompromiß war der Weg zur einmütigen Verabschiedung der Unionsverfassung frei.

Streit um die Präambel des Verfassungsentwurfs

Einen weiteren Streitpunkt bildete die Präambel des Verfassungsentwurfs, in der eine *invocatio Dei* fehlt und die christliche Tradition Europas keine Erwähnung findet. Polens Bischöfe haben sich in dieser Frage wiederholt zu Wort gemeldet. In seiner Erklärung zum EU-Beitritt Polens vom 18. März 2004 hat der Polnische Episkopat seinen Standpunkt nochmals ausführlich bekräftigt. Die Bischöfe berufen sich vor allem auf die «historischen Erfahrungen der Völker Mittel- und Osteuropas» und sehen in ihnen eine Lehre, «daß allein Gott die einzig wahre und unerschütterliche Garantie für die Würde des Menschen und die Freiheit der Völker ist». Dabei respektieren sie sehr wohl die religiöse Vielfalt Europas, unterstreichen aber die besondere Bedeutung des Christentums für seine zivilisatorische Einheit. Dadurch, daß das Christentum in der Präambel unerwähnt bleibe, «bringe

[4] E. Wnuk-Lipiński, Psychologia protestu (Psychologie des Protestes), in: Tygodnik Powszechny 13/2004, S. 3.

man Europa um eines der wesentlichen Elemente seiner historischen Identität».
Der polnische Premier Marek Belka hatte auf dem Junigipfel bis zuletzt versucht, einen Kompromiß zu erzielen, der sich an der polnischen Verfassung orientiert, die in ihrer Präambel Gott als Quelle menschlicher Grundwerte vermerkt, doch im gleichen Atemzug auch jene erwähnt, die diesen Glauben nicht teilen und die universalen Werte aus anderen Quellen schöpfen. Die Präambel wurde dennoch unverändert, also ohne Gottesbezug und Erwähnung des Christentums, verabschiedet. Dieses Manko wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß sich die Europäische Union in Artikel 51 der Verfassung verpflichtet, den Status der Kirchen in den Mitgliedsstaaten zu achten und mit ihnen «einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog» zu führen. Dennoch reagierte die polnische Bischofskonferenz mit einer prompten und scharfen Stellungnahme. In der Erklärung ihres Präsidiums heißt es: «Mit Empörung sehen wir in dieser Tatsache eine Verfälschung der historischen Wahrheit und eine bewußte Marginalisierung des Christentums, das über Jahrhunderte die Religion eines entschiedenen Teils der Europäer war und es weiterhin ist. Der ideologische Laizismus, der in der Haltung mancher europäischer Regierungen zum Ausdruck kam, weckt unseren entschlossenen Widerspruch und unsere Sorge um das künftige Los Europas.»[5] Das sind sehr deutliche Worte. Allerdings wäre es voreilig, aus ihnen zu folgern, Polens Bischöfe würden bei dem zu erwartenden Volksentscheid zur Ablehnung der EU-Verfassung aufrufen. Sie werden sich aller Voraussicht nach neutral verhalten. Den entschiedenen EU-Gegnern, zumal aus den Reihen der Liga Polnischer Familien, bieten sie jedoch für ihre Polemik eine willkommene Grundlage.
Auch ohne die Forderung nach Einführung eines Gottesbezugs und einer ausdrücklichen Erwähnung des Christentums wäre eine Überarbeitung der Präambel wünschenswert gewesen. Zumal das als Leitwort vorangestellte Zitat aus Thukydides, das als Kennzeichen einer demokratischen Verfassung nicht Grundwerte benennt, sondern lediglich auf die Mehrheit der Bürger als ihr entscheidendes Kriterium abhebt, ist unbefriedigend. Aus dem reichen Schatz europäischer Tradition hätten sich sicher geeignetere Leitworte finden lassen.
Geradezu banal mutet der einleitende Passus an: «In dem Bewußtsein, daß der Kontinent Europa ein Träger der Zivilisation ist und daß seine Bewohner, die ihn seit den Anfängen der Menschheit in immer neuen Schüben besiedelt haben, im Laufe der Jahrhunderte die Werte entwickelt haben, die den Humanismus begründen: Gleichheit der Menschen, Freiheit, Geltung der Vernunft...». Das alles ist wenig substantiell und nebulös, zudem wissenschaftlich unsauber. Läßt sich so einschränkungslos Europa als «Träger der Zivilisation» definieren, die Geschichte unseres Kontinents bis auf die Anfänge der Menschheit zurückführen? Ein solcher Eurozentrismus steht den Europäern angesichts ihrer Geschichte schlecht zu Gesicht. Und was besagt die vage Aussage einer Entwicklung der Werte im Laufe von Jahrhunderten? Welcher Humanismus ist gemeint, etwa nur der – wie die Aufzählung von «Gleichheit der Menschen, Freiheit und Geltung der Vernunft» nahelegt – der Aufklärung im Prisma der französischen Revolution?
Erst im folgenden Abschnitt finden sehr summarisch die «kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas» sowie deren in ihrem Erbe weiterlebende Werte Erwähnung. Das Christentum bleibt ungenannt. Wer will, kann es sich unter dieser Formel denken.

Eine «Europäische Deklaration» als Anhang zur Verfassung?

Eine Europäische Verfassung, die ihre Präambel so einleitet, ist ein Armutszeugnis. Hier wurde die Chance vertan, ansatzhaft Grundzüge europäischer Identität zu formulieren, welche die Widersprüche europäischer Geschichte ebenso berücksichtigt wie die Vielfalt prägender religiöser und kultureller Einflüsse. Inzwischen macht allerdings ein Text von sich reden, der möglicherweise der Verfassung als Anhang beigefügt wird. Er stammt aus der Feder von Stefan Wilkanowicz, einem führenden Vertreter des polnischen Katholizismus. Seine «Europäische Deklaration» verzichtet zwar auf eine formelle *invocatio Dei*, benennt aber detailliert das reiche religiöse und geistige Erbe als Quelle europäischer Identität und Wertegemeinschaft, wobei der «häufige Verrat dieser Werte» und die daraus resultierenden Katastrophen in der Geschichte Europas nicht verschwiegen werden.[6] Der Text verbindet die historische Erinnerung und Selbstvergewisserung mit einer auf menschlichen Grundwerten basierenden Zukunft Europas und endet mit der Verpflichtung, in diesem Geist an der weiteren Entwicklung einer humanen Welt mitzuwirken.
Der Text hat inzwischen in den unterschiedlichsten intellektuellen und politischen Kreisen Zustimmung gefunden und bildete den Gegenstand diplomatischer Gespräche auf europäischer Ebene. So besteht Hoffnung, daß die «Europäische Deklaration» – vielleicht mit einigen Veränderungen – als Anhang zur Europäischen Verfassung verabschiedet wird. Dies würde mit Sicherheit den polnischen EU-Gegnern einigen Wind aus den Segeln nehmen und einen positiven Ausgang des zu erwartenden Referendums begünstigen.

Testfall Europawahl

Wer erwartet hatte, daß die Bevölkerung der am 1. Mai beigetretenen Länder wenige Wochen später erstmals bei einer Europawahl ihre Stimme in Scharen abgeben würde, sah sich getäuscht. Die in den westlichen EU-Staaten ohnehin geringe Wahlbeteiligung von über 40% wurde in den neuen Beitrittsländern noch unterschritten. Mit am 13. Juni 20,87% der abgegebenen Wählerstimmen hält Polen den Negativrekord in der Union.
Doch dieses enttäuschende Wahlergebnis ist keine Überraschung. Auch nicht daß die entschiedenen EU-Gegner aus den Reihen der nationalistisch-katholischen Liga Polnischer Familien (LPR) (15,92%), der Euroskeptiker der Law-and-Order-Partei «Recht und Gerechtigkeit» (PiS) (12,67%), der Populisten der von A. Lepper geführten Samoobrona (10,78%) sowie der allein auf ihre Klientel fixierten Bauernpartei (PSL) (6,34%) zusammen gerechnet annähernd 50% der polnischen Abgeordneten im Europaparlament stellen. Ob jedoch dieses Wahlergebnis einschränkungslos als Spiegelbild für die Einstellung der polnischen Gesellschaft zum europäischen Integrationsprozeß gewertet werden kann, ist

[5] Vgl. Tygodnik Powszechny 26/2004.

[6] Europäische Deklaration: Wir, Europäer, wollen
- im Bewußtsein unseres reichen Erbes aus Judentum, Christentum, Islam, griechischer Philosophie, römischem Recht und einem aus religiösen wie nicht religiösen Quellen schöpfenden Humanismus,
- im Bewußtsein der Werte christlicher Zivilisation als Quelle unserer Identität,
- im Bewußtsein des häufigen Verrats eben dieser Werte durch Christen wie Nichtchristen,
- im Bewußtsein des Guten und Bösen, das wir den Bewohnern anderer Kontinente zugefügt haben,
- in der Klage über die Menschheitskatastrophen, verursacht durch totalitäre, in unserer Zivilisation entstandene Systeme,
unsere gemeinsame Zukunft bauen,
- gestützt auf die tiefe Achtung eines jeden Menschen und im Respekt vor seiner unantastbaren Würde,
- überzeugt, daß jeder Mensch wichtig und notwendig, jedem die Verwirklichung seiner Rechte zuzusichern und von jedem die Erfüllung seiner Pflichten zu verlangen ist,
- eingedenk der aus Geringschätzung seiner Würde und Rechte resultierenden Gefährdungen,
- in Wertschätzung des Reichtums an Vielfalt und überzeugt von der Notwendigkeit, eine gemeinsame Wertebasis zu entwickeln,
- überzeugt, daß jeder Europäer verantwortlich ist für die Entfaltung sowohl seiner nationalen als auch der gemeinsamen europäischen Kultur als unser aller Aufgabe,
- eingedenk der Verantwortung der Europäer für die Zukunft der Menschheit,
- eingedenk der sie bedrohenden großen Gefahren,
verpflichten wir uns zu verstärkten Bemühungen, um Bedingungen für die Entwicklung eines jeden Menschen, aller Gesellschaften und der gesamten Menschheit zu schaffen.

zu bezweifeln. Allein schon die extrem niedrige Wahlbeteiligung läßt keine verläßlichen Aussagen zu. Wie in anderen Ländern, so stand auch in Polen der Wahlkampf im Zeichen innenpolitischer Auseinandersetzung. Der Bürgerplattform (PO), die mit 24,10% die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte, ging es in erster Linie um eine Abstrafung des regierenden Linksbündnisses sowie um ihre Profilierung als künftige Regierungspartei. Die LPR suggerierte mit ihrer nationalistischen Phraseologie unter dem absurden Slogan «Gestern Moskau, heute Brüssel» eine Bedrohung polnischer Souveränität und nationaler Identität, wobei sie für sich in Anspruch nahm, als einzige der angetretenen Parteien Polen vor der durch die EU drohenden Gefahren retten zu können. Ebenso kritisch, wenngleich weniger radikal, war die Wahlpropaganda der PiS, nach der die EU allein daran zu messen sei, inwieweit sie polnischen Interessen entspreche. Die Samoobrona beschränkte sich darauf, das Konterfei ihres Führers Andrzej Lepper omnipräsent zu machen, verbunden mit der Botschaft, er allein könne die angeblich schlechten Bedingungen Polens in der EU korrigieren und dem Land den ihm gebührenden Platz innerhalb der Union verschaffen. Die PSL schließlich beschränkte sich auf die Forderung nach höheren Direktbeihilfen an die Bauern. Dem entgegen stand die regierende Linke, die bestrebt war, die wirtschaftlichen Erfolge hervorzuheben und zu betonen, daß sie es war, die das Land in die Europäische Union geführt hat. Mit wenig Erfolg, wie ihr magerer Stimmenanteil von 9,35% zeigt. Die wenige Wochen zuvor aus einer Spaltung des Linksbündnisses hervorgegangenen Sozialdemokraten (SdPL), denen man bei der Europawahl 11% prognostiziert hatte und die nur knapp die 5%-Hürde schafften, sahen in ihr vor allem einen Test für ihre Chancen bei den nächsten Sejm-Wahlen. Zufrieden mit dem Wahlergebnis (5,33%) dürften sie kaum gewesen sein. Bemerkenswert ist die Rückkehr der Freiheitsunion (UW) auf die politische Bühne. Mit 7,33% stehen für sie die Chancen eines Wiedereinzugs ins polnische Parlament durchaus gut. Als einzige Partei entsandte zudem die UW recht verdienstvolle, auch im Westen als kompetent anerkannte Persönlichkeiten nach Straßburg, so Jan Kułakowski, einst polnischer Verhandlungspartner bei der Brüsseler Behörde, Jerzy Buzek, vor Jahren polnischer Regierungschef, sowie den ehemaligen polnischen Außenminister und Träger des Aachener Karlspreises, Bronisław Geremek, der von der liberalen Fraktion des Europaparlaments für das Präsidentenamt vorgeschlagen wurde, in der Abstimmung zwar unterlag, doch mit einer unerwartet hohen Stimmenzahl einen Achtungserfolg erringen konnte. Sie und einige weitere namhafte Persönlichkeiten aus den Reihen der Freiheitsunion dürften im Europaparlament das nötige Gegengewicht zu ihren euroskeptischen und populistischen polnischen Kollegen bilden. *(Zweiter Teil folgt.)*

Theo Mechtenberg, Bad Oeynhausen

Vergangenheitsbewältigung am Fernsehen

Ein Experiment in Osttimor

Noch vor vier Jahren war Fernsehen nicht gerade die erste Priorität in Osttimor. Das Land lag in Ruinen. Im September des Vorjahrs hatten die abziehenden indonesischen Truppen mit den von ihnen geführten Milizen etwa 80 Prozent aller Gebäude zerstört. 200.000 Leute wurden zur Flucht nach dem indonesischen Teil der Insel gezwungen. Alles Brauchbare wurde geraubt, bevor die Häuser in Brand gesteckt wurden. So waren denn auch kaum noch Fernsehapparate vorhanden. Ebenso waren alle Sendestationen außer Betrieb gesetzt.

Inzwischen hat sich die Situation geändert. Die meisten Flüchtlinge sind zurückgekehrt. Dank der Vereinten Nationen und über hundert kirchlichen und privaten Hilfsorganisationen ist das Leben wieder auf dem Weg zur Normalität. Auch das Fernsehen ist bereits wieder populär, mindestens in der Hauptstadt. Schon im Jahr 2000 hat die Administration der Vereinten Nationen einen kleinen Sender aufgebaut. Zwei Jahre später wurde dieser der inzwischen unabhängig gewordenen Regierung übergeben. Seit dem 9. Februar 2004 hat dieser Sender erstmals einen festen Wochenplan. Dieser besteht zum größten Teil aus Aufzeichnungen oder Direktübertragungen von Portugal und Australien. Eigene Produktionen beschränken sich außer auf Nachrichten und Reportagen auf Studioaufnahmen von Musikgruppen und Kinderchören. Allerdings hat das junge timoresische Fernsehen bereits einige Höhepunkte zu verzeichnen. Dazu zählt das direkt übertragene öffentliche Verhör (audiência pública), welches sich über mehrere Wochen hinzog. Darin wurden die Verbrechen während der indonesischen Besetzung und vor allem während der Aktion «Verbrannte Erde» mit Zeugenaussagen aus aller Welt aufgerollt. Sonst gibt es aber bisher kaum Programme mit thematischem Inhalt.

Ein Produktionshaus für Kulturprogramme

Zu den wenigen Ausnahmen gehören die Programme aus dem Fernseh-Produktionshaus der Jesuiten «Casa de Produção Audiovisual» oder CPA. Der staatliche Fernsehsender begrüßt diese Hilfe mit offenen Armen. Im Wochenplan stehen CPA zwei feste Zeiten zur Verfügung, jeden Mittwoch- und Sonntagabend um 18.30 Uhr, direkt vor den Nachrichten. Es handelt sich nicht um kirchliche Sendungen, sondern um Programme zur Kultur und Geschichte von Timor.

Die Begeisterung ist groß. Die zahlreichen Zuschauerbriefe bestätigen es: «Wir sind stolz, daß auch wir Timoresen gute Fernsehprogramme machen können, obwohl wir erst seit zwei Jahren unabhängig sind.» «Schade, daß die Sendung jeweils nach einer halben Stunde schon zu Ende ist. Wir würden gerne eine ganze Stunde lang schauen!» «Endlich bekommen wir eine Gelegenheit, unsere eigene Geschichte kennenzulernen, denn in der Schule hat man uns die Wahrheit nie gesagt.»

Daß CPA von Anfang an dabei ist, hängt damit zusammen, daß der Orden den Mut hatte, in einer chaotischen Zeit, als alle anderen Bedürfnisse viel dringender erschienen, ein Produktionsteam heranzubilden. Natürlich gibt es noch viele technische Mängel. Aber das große Plus ist die lokale Kultur und Sprache. Alle Sendungen verwenden fast ausschließlich Originalmusik von Timor, und die vielen Bildgeschichten sind von vier timoresischen Künstlern gezeichnet, die im Team integriert sind. Für den Inhalt mitverantwortlich sind zehn timoresische und zwei portugiesische Geschichtsexperten, die sich jede zweite Woche zur Diskussion treffen. Teile dieser Diskussionen werden in die Programme integriert. Jede zweite Woche wird eine Frage an das Fernsehpublikum gestellt. In der Antwort können die Zuschauer ihre Meinung zur timoresischen Geschichte ausdrücken. Dabei werden die besten Antworten mit einem T-Shirt honoriert. Auf dem T-Shirt ist jeweils eine Zeichnung zur Geschichte von Timor abgedruckt. Die Zuschauerbriefe bilden die Basis für spezielle Programme, um die Themen zu vertiefen und eventuelle Bildungslücken auszufüllen.

Die Geschichte von Osttimor ist in vielfacher Hinsicht ein Unikum. Heute noch liest man hier auf dem Denkmal aus einer glorreichen Zeit die Aufschrift: «O sol logo em nascendo vê primeiro» (wenn die Sonne aufgeht, sieht sie zuerst [Timor]). Timor war der östliche Vorposten des portugiesischen Weltreiches. Aber als im Dezember 1975 die indonesischen Truppen einmarschierten, bestand dieses Imperium bereits nicht mehr. Schon einige Monate vorher war die Kolonialregierung auf die kleine Insel Atauru geflohen, bevor sie das Territorium endgültig verließ. Die Indonesier spielten sich als Befreier auf, waren es aber nie. Es kam zu

keiner Konfrontation mit der Kolonialmacht. Dafür fanden als Folge der Besetzung gegen 200000 Timoresen den Tod. Das war damals etwa ein Drittel der Bevölkerung. Allerdings haben die Indonesier später auch viel für die Entwicklung getan. Besonders als der von den Indonesiern ernannte Gouverneur Mario Carrascalão am Ruder war, erhielten sehr viele junge Timoresen Stipendien, um an indonesischen Universitäten zu studieren. Mario Carrascalão selbst hatte wie fast alle gebildeten Timoresen und Mischlinge seiner Zeit eine portugiesische Ausbildung genossen. Aber 1991 wurde die letzte portugiesische Schule in Timor geschlossen, so daß die neue Generation keinen direkten Bezug mehr zur portugiesischen Kultur hat.
Daß Osttimor heute unabhängig ist, darf als kleines Wunder bezeichnet werden. Nicht die Unabhängigkeit von Portugal ist das Wunder. Diese ergab sich von selbst. Nach der Nelkenrevolution im Jahre 1974 gab Portugal alle seine Weltmachtansprüche auf. Das wirkliche Wunder besteht darin, daß das mächtige Indonesien vierundzwanzig Jahre nach dem Einmarsch seine Beute wieder fallenlassen mußte. Für einmal waren die Entschlossenheit eines kleinen Volkes und die weltweite Solidarität stärker als machtpolitische, militärische und wirtschaftliche Interessen. Trotz massiver indonesischer Propaganda und Einschüchterung stimmten 1999 78,5 Prozent gegen Indonesien. Etwa tausend Timoresen bezahlten dafür mit dem Leben, und ein Großteil der Bevölkerung verlor ihr Hab und Gut. Am 20. Mai 2002 wurde die Unabhängigkeit besiegelt, und die indonesische Präsidentin Megawati mußte wohl oder übel an der Feier teilnehmen!

Osttimor – ein Volk im Werden

Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung stellt sich die Frage: Was ist das eigentlich für eine Nation, die inzwischen kurz nach der Schweiz das jüngste Mitglied der Vereinten Nationen geworden ist? Ist es eine Nation nach dem Idealbild der portugiesisch sprechenden Elite von 1975? Ist es eine Nation, die auf einer vorkolonialen Stammeskultur basiert? Oder ist es eine Nation im Sinne der Jugend, die zwar die indonesische Herrschaft ablehnt, deren Sprache und Denkweise aber weitgehend von Indonesien geprägt ist? Tatsache ist, daß es bisher noch nie ein osttimoresisches Volk gegeben hat. Es gab zwar bis zur «endgültigen» Befriedung im Jahre 1912 sporadische Revolten gegen die portugiesische Herrschaft. Aber nie konnten diese Revolten eine Mehrheit der Bewohner von Osttimor hinter sich bringen. So scheint die Frage gerechtfertigt: Wer ist nun eigentlich unabhängig geworden? Das Israel der Bibel wurde zu einem Volk aufgrund des gemeinsamen Auszugs aus Ägypten. Vorher gab es dieses Volk nicht. Haben analog dazu der gemeinsame Widerstand gegen die Besatzungsmacht und das Erlebnis der von der ganzen Welt anerkannten Unabhängigkeit Osttimor zu einem Volk werden lassen? Zunächst sieht es nicht danach aus. Das politische Leben der letzten zwei Jahre ist geprägt von nicht enden wollenden Streitgesprächen zwischen Regierung und Oppositionen. Ein großer Teil der Nachrichten im Fernsehen besteht aus Beschuldigungen und deren Widerlegung. Beobachter sehen darin einen hohen Grad an Meinungsfreiheit. Ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten darf heute jeder seine Meinung deutlich sagen, ohne daß er oder sie Angst haben muß. Offenbar wird hier ein großes Defizit eingelöst. Allerdings ist es in diesen oft hitzigen Debatten nicht leicht, einen klaren Kopf zu bewahren. Schlagwörter und Klischees sind schnell zur Hand. Aber an einem tieferen Geschichtsverständnis mangelt es weitgehend.
Auf der anderen Seite besteht ein großer Hunger nach Bildung. Viele der ehemaligen Stipendiaten in Indonesien sind zurückgekehrt und suchen nach einer Möglichkeit, hier weiterzumachen. Tausende mehr wollen mit einem Universitätsstudium der Arbeitslosigkeit entfliehen. Diese Marktlücke wurde schnell entdeckt. Private Universitäten schießen wie Pilze aus dem Boden. Es gibt deren schon über zwanzig. Keine davon hat bisher staatliche Anerkennung oder kann in absehbarer Zeit darauf hoffen. Aber an Studenten mangelt es nicht. Da die Unterrichtssprache

Gegenüber den Wahrheitskommissionen, die bisher weltweit von über zwanzig Staaten im Rahmen eines demokratischen Übergangsprozesses eingerichtet worden sind, zeichnet sich die «Aufarbeitung» der Vergangenheit in Osttimor (*Timor-Leste*) durch besondere Schwierigkeiten aus. Osttimor besaß zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit am 20. Mai 2002 nur ein unzureichend ausgebautes System der Rechtsprechung, denn die Übergangszeit von knapp zweieinhalb Jahren vom Referendum für die Unabhängigkeit von Indonesien (30. August 1999) bis zur vollzogenen Autonomie erwies sich für den Aufbau einer autonomen Justiz als zu kurz. Ein weiteres Problem ergab sich aus der Tatsache, daß neben dem durch die staatliche Zentralgewalt veranworteten Rechtssystem eine Parallelwelt lokaler und tradtioneller Rechtsprechung existiert und bei der Bevölkerung hohes Ansehen genießt. Die größten Schwierigkeiten ergaben sich aber mit der Entscheidung der UNO, die Untersuchung und Bestrafung der während des Unabhängigkeits-Referendums im Mai 1999 begangenen Menschenrechtsverletzungen und Massaker der früheren Besatzungsmacht Indonesien zu übertragen. Dies sollte im Rahmen sogenannter *Ad-hoc-Tribunale* geschehen. Diese komplexe Ausgangslage wurde noch durch eine spezifische innergesellschaftliche Konstellation belastet. Denn für die Regierung und die politische Führung Osttimors standen Wiederaufbau, wirtschaftliche Entwicklung, nationale Einheit und funktionierende Beziehungen mit den benachbarten Staaten an erster Stelle, während viele (zivilgesellschaftliche) Gruppierungen und Einzelpersonen darauf bestanden, daß eine dauerhafte Demokratisierung und friedliche Entwicklung nur durch eine gerechte und umfassende «Aufarbeitung der Vergangenheit geschehen konnte.
Aus diesem Grunde waren auch die von Indonesien verantworteten Prozesse vor dem *Ad-hoc-Menschenrechtstribunal* in Jakarta von Anfang an Gegenstand grundsätzlicher Kritik. Darauf reagierte die vorläufige UNO-Verwaltung Osttimors (*UNTAET*) schon im Jahre 2000 mit der Einrichtung sogenannter *hybrid tribunals*, d.h. Gerichtshöfen, die unter der Verantwortung des UN-Sicherheitsrates und dem jeweiligen Land, d.h. in diesem Fall Osttimors, nach internationalem Recht schwere Menschenrechtsvergehen (*serious crimes*) untersuchen und verurteilen sollen. Der Spielraum dieser Gerichte war von Anfang an zweifach eingeschränkt: Einmal waren sie auf die Mitarbeit der indonesischen Regierung angewiesen, und zweitens war ihre Amtszeit an eine zeitliche Begrenzung gekoppelt, die mit dem Ende des Mandats der UN-Mission (*UNMISE*) im April 2004 verknüpft war.
Während diese bisher genannten zwei Formen von Gerichtshöfen sich mit den während des Referendums begangenen Verbrechen beschäftigt haben, arbeitete die im April 2002 eingesetzte nationale «Wahrheits-, Versöhnungs- und Empfangskommission» (TRRC bzw. CAVR) die Menschenrechtsverletzungen aus der Periode der Entkolonialisierung im Jahre 1974 und der Besetzung durch Indonesien bis zur Unabhängigkeit im Jahre 2002 auf. Im Unterschied zu Wahrheitskommissionen in Afrika und Lateinamerika gewährt diese keine Amnestie, sondern versucht die Re-Integration des Täters in die Gemeinschaft durch kommunale Aufarbeitungszeremonien. Sie lebt aus dem Zusammenspiel von Anhörungen (*Community Hearings*), formaler Justiz und traditionellen Versöhnungsriten. Viele der in diesem Prozeß engagierten Menschen haben auf der Basis der mit der CAVR gemachten Erfahrungen am 24. September 2004 auf einem Treffen die Fortsetzung der Arbeit der *hybrid tribunals* und die Einrichtung eines internationalen Tribunals für Osttimor gefordert. *Nikolaus Klein*

Hinweis: Kai Ambos, Mohamed Othman, Hrsg., New Approaches in International Criminal Justice: Kosovo, East Timor, Sierra Leone and Cambodia. Freiburg/Brsg. 2003.

immer noch indonesisch ist, kommen massenweise Dozenten aus dem Nachbarland, wo es immer schwieriger wird, eine Stelle zu finden. Aber diese ausländischen Lehrkräfte kennen weder die Kultur und Geschichte von Timor, noch sind sie besonders daran interessiert.

Fernsehen als Stimmungsmacher

Das Fernsehen kann natürlich in keiner Weise die Schule ersetzen. Aber es kann Stimmung schaffen. Zwar ist die Zahl der Zuschauer in diesem ärmsten Land Asiens noch relativ gering. Aber das wird sich bald ändern. Noch vor zwanzig Jahren war im Nachbarland Indonesien das Fernsehen ein Luxus. Heute gehört Indonesien zu den Ländern der Welt, wo die Leute am meisten fernsehen. Durchschnittlich verbringen die Indonesier täglich über drei Stunden vor dem Bildschirm. Alles deutet darauf hin, daß in absehbarer Zeit auch Timor so weit sein wird. Sollte es dann nur noch ausländisches Fernsehen geben, wäre der Aufbau dieser Nation ernstlich in Frage gestellt.
Die Programme der CPA werden erst seit neun Wochen ausgestrahlt, aber die Debatten zu den Themen, die in Vorbereitung sind, und über hundert zum Teil recht ausführliche Zuschauerbriefe zu den Programmen, die bereits gesendet wurden, geben schon jetzt ein kleines Bild von der Situation.
Durchgehend zeigt sich ein starker Wille, sich selbst zu behaupten. Der Slogan «resistir é vencer» (widerstehen bedeutet gewinnen) aus der Zeit des Widerstands gegen die indonesische Besatzung ist immer noch eine starke Triebfeder. Aber eigentümlicherweise ist heute der Widerstand weder gegen die indonesische Politik noch gegen die indonesische Kultur gerichtet. Während Indonesien bis heute gegenüber der «abtrünnigen Provinz» keine Sympathie zeigt, sind im osttimoresischen Volk kaum antiindonesische Gefühle zu bemerken. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeit sind die Beziehungen zu Indonesien «normal», wenigstens was Osttimor betrifft. Hingegen kommt die Floskel «wir wurden 450 Jahre lang von Portugal unterdrückt» in einer großen Zahl von Diskussionsbeiträgen und Zuschauerbriefen vor. Dabei hat dieser Spruch mit der Wirklichkeit wenig zu tun. Der erste portugiesische Gouverneur in Timor wurde erst 1702 eingesetzt. Vorher kann von einer Unterdrückung durch Portugal keine Rede sein. Offenbar hat die indonesische Propaganda ihre Wirkung nicht verfehlt.
Ein Beispiel ist Heinrich der Seefahrer, der Sohn von König Johann I. von Portugal, der im 15. Jahrhundert das Zeitalter der großen Entdeckungen einleitete. Vor dem Regierungspalast in der Hauptstadt Dili steht ein großes Denkmal aus der Kolonialzeit zu Ehren dieses Mannes mit der Aufschrift «Por mares nunca dantes navigados» (durch Meere, die nie zuvor befahren wurden). Die meisten Briefschreiber haben nicht viel Sympathie für Heinrich den Seefahrer: «Er war ein Kolonialist und deshalb unser Feind.» Aber zum Glück gibt es auch eine Reihe anderer Briefe, die das Gegenteil verteidigen, denn im entsprechenden Fernsehprogramm werden vor allem sein Mut und seine Weitsicht gezeigt. So kommt dann eine echte Diskussion zustande.
Durch die freundschaftliche Konfrontierung von verschiedenen Ansichten mit historischen Fakten entsteht im Fernsehen ein Klima, wo Widerstand nicht mehr der einzige Weg zum Überleben ist.

Das Volksmärchen als Katalysator

Timor ist besonders reich an Volksmärchen, wo in einer phantastischen Welt auf originelle Weise die traditionelle Weltanschauung zum Ausdruck kommt. Diese Volksmärchen eignen sich auch vorzüglich für Zeichentrickfilme, die man heutzutage mit Computern relativ einfach herstellen kann. Die Gegenüberstellung von Märchen mit historischen Fakten fördert oft die Diskussion. Vor allem geben die Märchen eine große Freiheit, um auch weniger konventionelle Meinungen zu vertreten. In der Märchenwelt darf alles geschehen.
Ein besonders heikles Thema in der Fernsehserie zur Geschichte von Timor ist der Einmarsch der Indonesier im Jahre 1975. Zuvor hatten indonesische Agenten in der damaligen portugiesischen Kolonie einen Bürgerkrieg inszeniert, welcher unter anderem den Einmarsch rechtfertigen sollte. Portugal wollte sich nicht einmischen. Die Großmächte verhielten sich passiv. Damit war das Schicksal von Timor besiegelt. Einige der heute noch lebenden Timoresen hatten sich damals mitschuldig gemacht.
Im Fernsehprogramm wird ein Volksmärchen aus dem timoresischen Kulturgut erzählt. Sechs Brüder haben eine einzige Schwester, das jüngste Kind der Familie. Nachdem die Eltern gestorben sind, bauen die Brüder in einer Baumkrone eine Hütte, wo die Schwester von nun an leben soll. Eine Leiter mit sieben Sprossen führt zu dieser Einsiedelei. Jeden Tag erhält einer der Brüder den Auftrag, die Schwester zu besuchen, während die andern auf dem Feld arbeiten. Eines Tages entdeckt der Besucher, daß die Schwester schwanger ist. Er meldet es seinen Brüdern, und sie beschließen, die Schwester umzubringen, damit ihre Familie nicht in Schande gerät. Nur der jüngste der Brüder wehrt sich dagegen. Aber seine Versuche, die Schwester zu retten, bleiben erfolglos. Die Brüder versammeln sich unter dem Baum und heißen die Schwester herabzusteigen. Langsam kommt sie die Leiter herunter, wobei sie auf jeder der sieben Sprossen ein ergreifendes Lied singt. Dieses Lied gibt den Ton für die nachfolgende Schilderung des grausamen Einmarsches der Indonesischen Truppen in Timor. Im Märchen war es der Sohn des Himmelskönigs, der sich in Gestalt einer Taube der Schwester genähert hatte. Nach ihrem Tod nimmt er sie – wieder zum Leben erweckt – mit in sein Reich, wo sie einen Sohn gebiert, der später auf die Erde zurückkommt und Rechenschaft fordert.
In der Diskussion über dieses Programm erhielt der Schwestermord erstaunlich viel Verständnis. «Die Brüder mußten sie töten, denn die Stammessitten schrieben das vor.» Sogar Frauen vertraten ernsthaft diese Meinung. Vielleicht erklärt diese Mentalität zum Teil das Faktum, daß Xanana, der Präsident von Osttimor, während der Unabhängigkeitsfeier am 20. Mai 2002 den Festplatz verließ, um die indonesische Präsidentin Megawati auf einen der vielen indonesischen Militärfriedhöfe zu begleiten. Die Welt der Sagen trifft sich hier mit der Wirklichkeit.

Ruedi Hofmann, Dili

ORIENTIERUNG (ISSN 0030-5502)
erscheint 2× monatlich in Zürich
Katholische Blätter für weltanschauliche Informationen
Herausgeber: Institut für Weltanschauliche Fragen
Redaktion und Aboverwaltung:
Scheideggstraße 45, CH-8002 Zürich
Telefon 01 201 07 60, Telefax 01 201 49 83
E-Mail *Redaktion:* orientierung@bluewin.ch
Aboverwaltung: orientierung.abo@bluewin.ch
Homepage: www.orientierung.ch
Redaktion: Nikolaus Klein, Josef Bruhin, Werner Heierle, Paul Oberholzer, Pietro Selvatico
Ständige Mitarbeiter: Albert von Brunn (Zürich), Beatrice Eichmann-Leutenegger (Muri BE), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)
Preise Jahresabonnement 2005:
Schweiz (inkl. MWSt): Fr. 65.– / Studierende Fr. 50.–
Deutschland und Österreich: Euro 50,– / Studierende Euro 38,–
Übrige Länder: SFr. 61.–, Euro 33,– zuzüglich Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 100.–, Euro 60,–
Einzahlungen: ORIENTIERUNG Zürich
Schweiz: Postkonto Zürich 87-573105-7
Deutschland: Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70)
Konto Nr. 6290-700
Österreich: Bank Austria, Creditanstalt
Zweigstelle Feldkirch (BLZ 12000),
Konto Nr. 00473009 306, Orientierung, Feldkirch
Übrige: Credit Suisse, CH-8070 Zürich (BLZ 4842),
Konto Nr. 556967-61
Druck: Druckerei Flawil AG, 9230 Flawil
Abonnements-Bestellungen bitte an die Aboverwaltung.
Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.